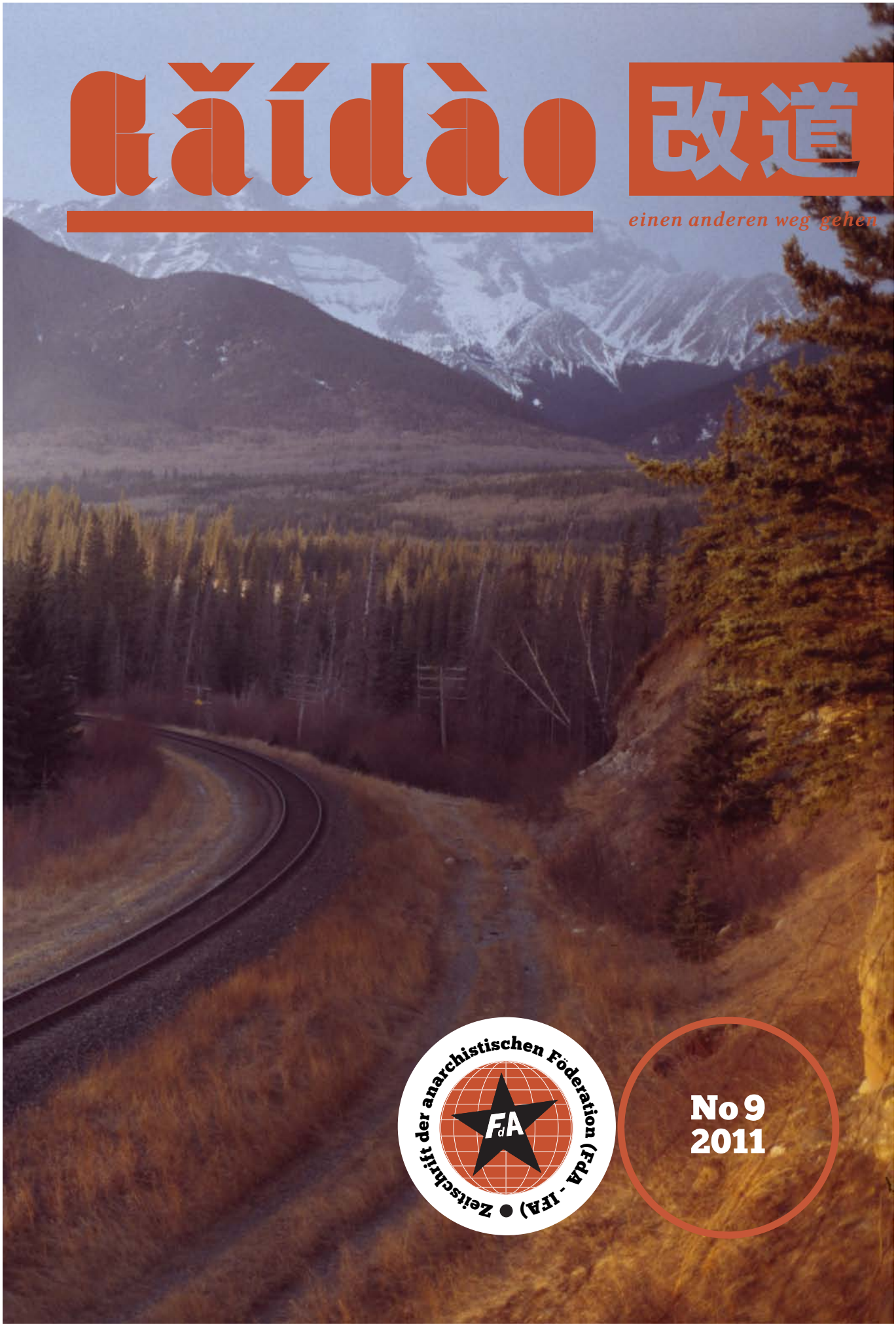
Gǎidào 改道

einen anderen weg gehen



Zeitschrift der anarchistischen Föderation (FdA - IFA)

No 9
2011

Jugendzeitung, fast 4 Jahre jung, herrschaftslos, gewaltfrei und basisdemokratisch sucht DICH für:
Mitarbeit: Das Redaktionsteam freut sich über Verstärkung, u.a. bei der Planung zukünftiger Ausgaben und bei organisatorischen Aufgaben. Auch wenn Du nur ab und zu einen Artikel schreiben willst, kannst Du Dich gern melden:
> redaktion@jugendzeitung.net
Verteilen: Die utopia soll von möglichst vielen Menschen gelesen werden. Für sehr wenig Geld kannst du bereits die utopia in größerer Stückzahl abonnieren, um sie in Jugendzentren, Schulen und Hochschulen sowie bei Demos, Festivals oder sonstigen Veranstaltungen zu verteilen oder auszulegen.
> jugendzeitung.net/bestellen
Verlag Graswurzelrevolution
uto
herrschaftslos

Zur Revolution in Ägypten / Teil I:
Arbeiterkämpfe im Vorfeld der Revolution

In dem folgenden Gespräch äußert sich Jano Charbel, der als Journalist über Arbeitskämpfe berichtet und sich als Anarchosyndikalist versteht, über den Charakter der Revolution in Ägypten, die jüngere Geschichte der Arbeiterkämpfe, die Rolle der Islamisten und der Gewerkschaften, über Geschlechterbeziehungen und die Perspektiven der Kämpfe. Das Interview wurde von zwei Freunden der klassenlosen Gesellschaft im Frühjahr 2011 in Kairo geführt.

Teil I: Arbeiterkämpfe im Vorfeld der Revolution

FKG: Wie würdest du die Klassenzusammensetzung des Aufstandes beschreiben? Und inwiefern war der Unmut über die ökonomische Situation eine Triebfeder, auch wenn politische und weniger ökonomische Forderungen im Mittelpunkt standen?

JC: Der Aufstand begann, wie weithin bekannt ist, am 25. Januar. Das ist Ägyptens Polizeitag. Natürlich gibt es in der Bevölkerung eine große Abneigung gegenüber den Polizeikräften. Am 25. war es in erster Linie die Jugend, die auf die Straße gegangen ist, obwohl auch ältere Leute dabei waren, aber die waren nicht in der Mehrheit. Die Proteste, zu denen auf Facebook aufgerufen worden war, fanden in Städten im ganzen Land statt. Ich war zu diesem Zeitpunkt in Alexandria und dort haben etwa 20.000 Menschen demonstriert, aber die Zahlen in Kairo waren viel höher, aber da ich nicht dort war, kann ich nicht wirklich von der Zusammensetzung der Demonstranten am ersten Tag erzählen. Als ich um 1 Uhr morgens in Kairo ankam, war der Tahrir-Platz bereits geräumt, aber es haben noch mehr als 10.000 Leute demonstriert, da dachte ich: Das ist etwas ganz Großes. Ich hatte so große Proteste seit dem Krieg gegen den Irak nicht mehr gesehen.

Die meisten Parolen richteten sich gegen die Regierung, einige hatten wir aus Tunesien importiert, zum Beispiel »Das Volk will den Sturz der Regierung«. Es gab zwar seit 2004 unterschiedliche Parolen von oppositionellen Aktivisten, die sich gegen Mubarak und das Regime gerichtet haben, aber diese Parole wurde in Ägypten erst nach dem Erfolg des Aufstandes in Tunesien gerufen. Heute kann man sie auf den Straßen von Libyen, Jemen, Syrien und in den Aufständen der anderen arabischen Länder hören. Eine weitere Parole lautete „Hier ist Mohammed mit Younis" – das heißt, Christen und Moslems vereinigt – „morgen wird Ägypten sein wie Tunis". Deshalb denke ich, die Triebfeder und die Inspiration kamen aus der tunesischen Revolution. Den Ägyptern wurde klar:

Wir können das gleiche machen, wir können den Diktator, der das Land seit 30 Jahren regiert, loswerden, und mit diesem Diktator das ganze Regime, das ganze korrupte, repressive System kann abgeschafft werden; genau wie in Tunesien. Ich zweifle nicht am revolutionären Potential der ägyptischen Jugend oder der ägyptischen Massen, aber ich glaube, ohne das Beispiel Tunesien wäre die Revolution in Ägypten weniger wahrscheinlich gewesen.

Die Ägypter wurden selbstbewusster und militanter, nachdem sie gesehen hatten, dass es anderen Arabern (den Tunesiern) gelungen war, eine Regierung zu stürzen, die ähnlich repressiv, korrupt, diktatorisch, proimperialistisch ist und vom Westen gestützt wird – genau wie das Mubarak-Regime bei uns. Dennoch waren alle überrascht, von der Anzahl von Leuten, die auf den Straßen in Städten im ganzen Land auftauchten – in Alexandria, Kairo, Suez, Mahalla, Mansoura, und so weiter.

FKG: Es gab also schon zu Beginn Proteste in Mahalla, das heißt Arbeiterproteste?

JC: Ich war während des 18-tägigen Aufstandes nicht in Mahalla, aber es stimmt, dass das eine Industriestadt ist; Berichten zufolge haben sich an den Protesten dort unter anderem Arbeiter, Studenten, Akademiker, Bauern und Arbeitslose beteiligt. Mahalla ist auch deswegen wichtig, weil es dort am 6. und 7. April 2008 einen historischen Aufstand gab, der in erster Linie von Leuten aus der Arbeiterklasse, arbeitslosen Jugendlichen, den städtischen Armen und anderen marginalisierten Teilen der Gesellschaft, geführt wurde. Vor diesem Volksaufstand hatte eine beispiellose Streikwelle das Land erfasst – ausgelöst durch den Textilarbeiterstreik in Mahalla im Dezember 2006. Der Erfolg dieses Streiks hat die ägyptische Arbeiterklasse dazu ermutigt, ihre Rechte einzufordern – ihre politischen wie ihre sozio-ökonomischen Rechte. Ein anderer Vorläufer war der 12. Dezember 2004, als ungefähr 300 Leute zum ersten Mal öffentlich gegen Mubarak protestiert haben. Das war bis dahin unerhört. Davor hat es niemand gewagt, „Nieder, nieder mit Hosni

Mubarak“ auf den Straßen zu rufen; hätte man das getan, wäre man sehr wahrscheinlich verschwunden und niemand hätte mehr etwas von einem gehört oder gewusst, wo man ist. Es gab also eine Reihe von ausschlaggebenden Ereignissen und Katalysatoren, die erwähnt werden müssen. Man muss auch erwähnen, dass der 25. Januar der ägyptische Polizeitag, ein offizieller nationaler Feiertag ist (oder vielmehr war). Die ägyptische Polizei ist schon seit langem verhasst, da sie dermaßen repressiv, aggressiv, arrogant, brutal und korrupt ist und viel und systematisch Folter einsetzt. Die Polizei war und ist immer noch das am meisten verhasste Gesicht des ägyptischen Staates.

FKG: Dieser Hass ist etwas, das verschiedene Teile der Gesellschaft vereint – Studenten, Angestellte, Arbeiter, …?

JC: Ja, aber am Anfang war in erster Linie die Jugend auf der Straße. Selbstverständlich waren auch Arbeiter und Angestellte beteiligt. Aber die Streiks und Arbeiterproteste haben erst zu einem späteren Zeitpunkt des 18-tägigen Aufstands eingesetzt. Tausende Arbeiter haben den Aufstand vom 25. Januar zunächst von ihren Fabriken aus unterstützt und Solidaritätsbotschaften geschickt; später haben sie angefangen zu protestieren und auf dem Tahrir-Platz zu zelten. Aber erst drei oder vier Tage vor Mubaraks Sturz sind sie massenhaft in den Streik getreten.

FKG: Würdest du also sagen, dass die neue Streikbewegung entscheidend war für den späteren Sturz Mubaraks?

JC: Ich meine, wenn die Streiks nicht gewesen wären, hätte Mubarak darauf setzen können, dass die Proteste im Sand verlaufen. Die Regierung hatte ihre gesamte Propagandamaschinerie in Gang gesetzt – über das staatliche Fernsehen, Radio und die Zeitungen – um das Bild des Aufstandes zu verzerren und ihn zu schwächen. Und sie haben die Medien sehr effektiv eingesetzt, um Angst im Volk zu schüren. Das war eine gut organisierte Kampagne von psychologischem Terrorismus gegen die Massen. Da wurde die Propaganda verbreitet, dass wir im Chaos leben, dass wir zur Stabilität und Normalität zurückkehren müssen, dass Mubarak Ägyptens Retter ist. Dass fremde Mächte hinter diesen Protesten stecken – der Iran, Hamas, Hisbollah, Israel, die USA, Großbritannien, al-Qaida, die Taliban, und so weiter. Ohne die Streiks hätte Mubarak an der Macht bleiben können, nicht auf unbestimmte Zeit, aber mindestens sechs Monate lang – bis zum Ende seiner Amtszeit. Und er hätte seinen Sohn Gamal auf den Thron setzen, das Regime erhalten können. Dann hätte es zwar sehr lautstarke Proteste gegeben, aber ohne letztlich etwas zu erreichen. Ich glaube also, die Streiks waren Dreh- und Angelpunkt des Aufstands.

FKG: Wie groß waren die Streiks?
Wie 2008 oder sogar größer?

JC: Die jetzigen sind wohl größer als 2008. Die Streikwelle, die im Dezember 2006 angefangen hatte, war Ende 2010 am Verebben, es wurde zwar noch von Arbeitsniederlegungen im ganzen Land berichtet, aber die Anzahl der Streiks und Arbeiterproteste ging etwas zurück. An ihrem Wiederanstieg während des Aufstandes – am 8. Februar 2011 – waren auch wichtige wirtschaftliche Sektoren beteiligt. Arbeiter aus dem öffentlichen Verkehr haben gestreikt, während Tausende andere Arbeiter protestiert und damit gedroht haben, den gesamten Suezkanal zu bestreiken – und der ist eine der Haupteinnahmequellen Ägyptens. Diese Streiks haben die Regierung mehr unter Druck gesetzt als alles andere – mit Protesten auf der Straße kann man umgehen, aber wenn es massive Proteste auf der Straße und Streiks der Arbeiter gleichzeitig gibt, dann steckst du richtig in der Scheiße.

FKG: Wie würdest du die Entwicklung der Situation der Arbeiter in letzter Zeit beschreiben? Viele Analysen gehen von großen Rückschlagen für die Arbeiter in den letzten Jahrzehnten aus; dagegen schreibt Paul Amar: „Die Leidenschaft der Arbeiter, die diesen Aufstand auslöste, rührt nicht von ihrer Marginalisierung und Armut her; vielmehr rührt sie von ihrer Zentralität für neue Entwicklungsprozesse und -dynamiken her.“ **[1]**

JC: Ich würde sagen, dass der Auslöser der Streikwelle von 2006 bis heute die Gewerkschaftswahlen im Oktober und November 2006 waren – landesweite Wahlen, die alle fünf Jahre stattfinden. Und die Wahlen 2006 waren wohl die schlimmsten, die Ägypten je erlebt hat. Die undemokratischsten und betrügerischsten Wahlen aller Zeiten – über 20.000 Arbeiter wurden daran gehindert, zu kandidieren oder sich selbst zu nominieren.

FKG: Aber die offizielle Gewerkschaft wurde doch schon von immer vom Staat kontrolliert, was für einen Unterschied hat das dann noch gemacht?

JC: Ja, aber die Wahlen 2006 haben nochmal vor Augen geführt, dass der Gewerkschaftsbund ganz und gar nicht die Interessen der Arbeiter vertritt, dass all seine Teilorganisatio-

nen von den lokalen Ausschüssen über die Einzelgewerkschaften bis hin zum Rat des Ägyptischen Gewerkschaftsverbandes (ETUF) Vertreter der Regierungspartei, des Kapitalinteresses sind. Das sind alle Mubaraks Männer, Lieblinge der Regierung. Nach den Ergebnissen dieser manipulierten Gewerkschaftswahlen kam es im Dezember 2006 zum Streik bei der staatlichen Mahalla Textile Company, die damals etwa 27.000 Arbeiter beschäftigt hat. Sie konnten einige ihrer Forderungen durchsetzen; sie hatten auch ein Misstrauensvotum gegen den lokalen Gewerkschaftsausschuss gefordert, weil der sie nicht repräsentierte, und fingen an, Unterschriften für seine Amtsenthebung zu sammeln. In den Verhandlungen mit dem vom Staat gelenkten ETUF und seiner Allgemeinen Textilarbeitergewerkschaft konnten sie die Vereinbarung erreichen, dass ein provisorischer Gewerkschaftsausschuss die Angelegenheiten der Arbeiter regelt. Die Gewerkschaft hat den offiziellen Gewerkschaftsausschuss zwar nicht als illegitim betrachtet, aber den Arbeitern erlaubt, einen neuen provisorischen Ausschuss zu wählen. Ähnliche Forderungen wurden dann auch von anderen Textilarbeitern erhoben, unter anderem in der staatlichen Textilfabrik Kafr el-Dawwar und bei Shebin el-Kom – beides sehr große Firmen im Nildelta. Shebin el-Kom war privatisiert, also waren die Forderungen dort auch andere, aber in allen drei Firmen wurde die Absetzung des örtlichen Gewerkschaftsausschusses verlangt, da sie undemokratisch gewählt waren und sie nicht repräsentierten. In Kafr el-Dawwar und in Shebin el-Kom wurden ebenfalls einige Zugeständnisse erreicht. Also hat sich die Streikwelle rasant ausgebreitet, weil den Arbeitern klar wurde, dass sie ihre Rechte nur durch Streiks erhalten. Andere Sektoren sind dem gefolgt und ebenfalls in den Streik getreten – Handarbeiter, Angestellte und Akademiker; auch Anwälte, Lehrer, Ärzte, Krankenpfleger, und so weiter.

FKG: Rechtlich gesehen waren das also wilde Streiks? Offensichtlich hatte die Staatsgewerkschaft nicht zu ihnen aufgerufen…

JC: Sie wurden nicht von der Staatsgewerkschaft genehmigt, deshalb wurden sie als wilde Streiks angesehen. Die Streikwelle hatte Auswirkungen auf alle Sektoren der Wirtschaft und Gesellschaft – im öffentlichen Sektor, der Privatwirtschaft und in privatisierten Betrieben, überall fingen sie an, für ihre Rechte zu streiken. Den Arbeitern wurde bewusst, dass die Obrigkeit unsere Forderungen nicht aufnimmt, wenn wir nur außerhalb der Arbeitszeiten protestieren oder Unterschriften sammeln. Die Macht des Streiks setzt die Obrigkeit unter Druck, auf die Forderungen von Arbeitern einzugehen.

Als ich über verschiedene Streiks berichtet habe, ist mir aufgefallen, dass alle meinten:

„Warum Mahalla und wir nicht? Warum werden ihre Rechte beachtet, aber unsere nicht? Wir müssen auch streiken." Das führte also zu einer enormen Streikwelle vom Dezember 2006 bis heute, das ist seit 1947 beispiellos. Aber von den 1950ern bis zu den 1990ern und sogar bis 2009 waren die Gewerkschaften komplett unter der Kontrolle von Vertretern des herrschenden Regimes. Arbeiter, die dieses System angeprangert haben, wurden entweder aus den Gewerkschaftsausschüssen entfernt oder daran gehindert, wieder anzutreten, und manchmal sogar eingesperrt.

So fing im Dezember 2006 eine neue Ära von Streiks und Protesten an; und das war sehr wichtig im Vorlauf zur Revolution. Die Arbeiter fingen an, sich über Korruption, Privatisierungen und die Misswirtschaft von staatlichen Unternehmen durch korrupte Beamte zu beschweren. Tausende Arbeiter beklagen, dass es eine systematische Kampagne vonseiten des herrschenden Regimes gab, staatliche Firmen unrentabel zu machen, um sie zu privatisieren und dadurch illegal Geld zu verdienen. Schätzungen zufolge liegt das Vermögen der Mubarak-Familie zwischen einer und siebzig Milliarden US-Dollar. Der Großteil dieses illegal beschafften Geldes wurde in den 1990ern angehäuft, als die Privatisierungspolitik anfing. Das Mubarak-Regime beschloss Vorgaben des IWF als offizielle Politik. Mit der Öffnung von Märkten durch Privatisierungsprogramme ging der Staat zu einem neoliberalen Kapitalismus über. Da fingen korrupte Beamte an, Millionen, wenn nicht gar Milliarden einzustreichen. Und natürlich gibt es ohne ein demokratisches System weder Rechenschaftspflicht noch Transparenz – also bleibt die Korruption unhinterfragt, sie wird zur Norm.

FKG: Eine konservative deutsche Zeitung hat einen interessanten Bericht über Mahalla veröffentlicht.[2] Da sagt der Besitzer einer privaten Fabrik, dass er den Streik in Mahalla unterstützt, weil die Arbeiter in den staatlichen Fabriken einen geringeren Lohn erhalten, als er seinen Arbeitern zahlen muss. Anders formuliert: Sinken die Löhne notwendigerweise, wenn Firmen privatisiert werden, oder geht es mehr um Entlassungen?

JC: Im Allgemeinen – aber nicht in allen Fällen – erhalten Arbeiter in der Privatwirtschaft höhere Löhne. Aber das heißt nicht, dass sie mehr Rechte hätten. Ganz im Gegenteil – die meisten Gewerkschaften findet man in staatlichen Firmen und die meisten Zeitarbeiter im privaten oder im informellen

Sektor. Man kann also einen höheren Lohn in der Privatwirtschaft kriegen, aber man hat normalerweise keine Gewerkschaft, möglicherweise auch keine Altersvorsorge und weniger Sicherheit, da man jederzeit entlassen werden kann. Arbeiter, die versuchen, sich zu organisieren, in Gewerkschaften einzutreten oder zu streiken, werden mit größter Wahrscheinlichkeit gefeuert. Es gibt generell weniger Rechte für Arbeiter in der Privatwirtschaft, etwa das Recht, sich zu organisieren und Tarifverhandlungen zu führen.

Zeit- und Akkordarbeit sind auch im öffentlichen Sektor verbreitet, aber in der Privatwirtschaft noch viel verbreiteter. Die Arbeiter werden gezwungen, undatierte Kündigungsschreiben zu unterzeichnen, sodass der Arbeitgeber jederzeit ein Kündigungsdatum eintragen kann. Die Arbeiter sind schutzlos und haben keine Gewerkschaft, um ihre Rechte zu verteidigen. Es werden ihnen regelmäßige oder jährliche Zulagen verweigert, sie haben kein Recht auf Gesundheitsversorgung, auf Transportmöglichkeiten, auf Wohnung auf Altersvorsorge. In der Regel werden ihnen die grundlegendsten Arbeitnehmerrechte verweigert.

FKG: Würdest du sagen, dass der arbeitslose oder im informellen Sektor beschäftigte Teil des Proletariats gewachsen ist? Paul Amar erwähnt einen neuen Boom von Investitionen in Ägypten. Geht die Beschäftigung in der Industrie aufgrund von Privatisierungen insgesamt zurück oder gibt es eine Art Aufschwung, der mehr Arbeitskraft absorbiert?

JC: In den meisten Fällen, die mir bekannt sind, kauft der Privatsektor staatliche Unternehmen auf. Er gründet normalerweise keine neuen, sondern übernimmt Firmen, die gescheitert sind, weil das so gewollt wurde oder wegen Ineffizienz und Korruption auf Ministerialebene. Das Privatkapital tut nicht viel mehr, als bereits existierende Firmen aufzukaufen. Das war bei der Textilfirma Shebin e-Kom (heute Indorama-Shebin) der Fall und bei zahllosen anderen Unternehmen, die unrentabel gemacht wurden. Also entschied das Mubarak-Regime, sie an Investoren zu verkaufen. Ich bin nicht der Meinung, dass der Privatsektor neue Arbeitsplätze schafft. Im Gegenteil: wenn sie staatliche Firmen aufkaufen, entlassen sie oftmals Tausende Arbeiter.

FKG: Also ist die Arbeitslosigkeit heute ein größeres Problem als zum Beispiel vor 20 Jahren?

JC: Wir haben keine zuverlässigen Statistiken über Arbeitslosigkeit. Das Mubarak-Regime hat von 7 Prozent gesprochen, aber jeder konnte mit eigenen Augen sehen, dass das komplett falsch war. Besonders in den Dörfern und im ländlichen Ägypten gibt es arme Familien, die nur sehr begrenzte Einkommensquellen haben. Verarmte ländliche Familien sind massenhaft in die städtischen Slums gezogen, wo sie zum Betteln gezwungen sind und höchstens saisonal Arbeit haben. Die stehen auf den Bürgersteigen der Großstädte Schlange und warten darauf, dass sie von Bauunternehmern angeheuert werden. Und dann gibt es noch den informellen Sektor, der mehr als ein Drittel der Wirtschaft ausmacht und durch Stücklohn, Saisonarbeit und unregelmäßige Beschäftigung geprägt ist.

FKG: Das so genannte Überschussproletariat – die Tatsache, dass immer mehr Leute, die ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, das nicht in regulären Formen tun können, in die informelle Ökonomie zurückgeworfen werden und in Slums enden – scheint uns global gesehen ein wichtiger Punkt zu sein. Daher meine Frage, was deines Erachtens die allgemeine Tendenz in Ägypten ist, ob es massive Investitionen gibt, die neue Arbeitskraft absorbieren, oder ob es ein wachsendes Überschussproletariat gibt.

JC: Ägypten ist in erster Linie ein Agrarland – obwohl es sich bemüht, davon wegzukommen; es gibt mehr Bauern und Farmer als Arbeiter und Angestellte. Das Land wurde an große Geschäftsmänner vergeben, die der NDP nahe standen; es gab große Landgewinnungsprogramme, die den Millionären und Milliardären zugute kamen, etwa das Projekt Toshka Ende der 1990er im New Valley Government in Südwestägypten. Die Regierung sagte, sie würden es in ein grünes Paradies verwandeln und Investoren würden aus der ganzen Welt herbeiströmen. Das Land wurde für einen Bruchteil seines Werts in erster Linie an Leute von der NDP und Gestalten wie den saudischen Prinz Walid Ibn Talal verkauft, einen der reichsten Menschen auf der Erde. Und das ganze Projekt endete letztlich in einem großen Misserfolg; das Land ist weitgehend steinig und unfruchtbar und für die Landwirtschaft unbrauchbar. Also haben nur diejenigen davon profitiert, die das beste Land bekommen hatten. Der saudische Prinz war einer von denen, die am meisten davon hatten.

Zuerst wurde von den ägyptischen Medien behauptet, dass Toshka Tausende neuer Arbeitsplätze schaffen würde; riesige Möglichkeiten für die Jugend und die Arbeitslosen. Toshka würde dafür sorgen, dass die Arbeitslosigkeit der Vergangenheit angehört. Das Projekt würde die Landwirtschaft revolutionieren, Fabriken bauen und es würde überall Bauernhöfe

geben. Nach ein paar Jahren, als das Ganze den Bach runter ging, wurde über das gescheiterte Projekt einfach nicht mehr gesprochen.

FKG: Zur Entwicklung der ägyptischen Wirtschaft gibt es unterschiedliche Aussagen: die einen sprechen von einem starken Wachstum, die anderen führen solche Statistiken eher auf verfälschte Zahlen zurück. Wie siehst du das und wie würdest du das allgemeine ökonomische Klima im Land beschreiben? Ist es beispielsweise vergleichbar mit China, wo viele meinen, dass sie vom Wachstum und Fortschritt mitgezogen werden?

JC: Da ich kein Ökonom bin, ist es schwer, die Frage im Detail zu beantworten. Einerseits, klar, die Wirtschaft wächst, ausländische Direktinvestitionen nehmen zu, die Aktienkurse sind gestiegen und die Unternehmer sehr zufrieden. Aber all das übersetzt sich nicht in einen wachsenden Wohlstand der Arbeiter. Letztendlich ist es die Regierung, die ihre verzerrten Zahlen für das Bruttoinlands- und -sozialprodukt liefert.

Seit den 1980ern ist der Mindestlohn mit 35 Pfund ($ 6) unverändert geblieben. Erst letztes Jahr wurde dieser unrealistische Betrag, von dem sich nicht mal eine Einzelperson ernähren kann, angehoben, als eine NGO für Arbeiter dagegen geklagt hat. Es wurden rechtliche Schritte und Berufungsklagen vor dem Verwaltungsgericht eingelegt, mit dem Ziel, den Mindestlohn auf 1.200 Pfund ($ 200) anzuheben. Das Gericht hat einer Anhebung zugestimmt, und die Nationale Lohnkommission – eine von der Regierung kontrollierte Einrichtung – hat den Mindestlohn dann auf 400 Pfund ($ 70) festgesetzt, was immer noch unrealistisch niedrig ist. Sogar der ETUF lag hier bei 500 Pfund. Die NGOs haben daraufhin weiter geklagt, aber es hat sich nichts verändert. Darüber hinaus hat die Kommission festgelegt, dass der Mindestlohn lediglich für den privaten, nicht aber für den öffentlichen Sektor gelten soll.

FKG: Mit welcher Begründung? Wegen höherer Sozialzulagen im staatlichen Sektor?

JC: Die Volkswirtschaft wäre damit überlastet, so das Argument der Machthaber; es gäbe nicht genug Reserven in den Staatskassen und so weiter. Nun, da bekannt ist, dass die entsprechenden Minister Milliarden angehäuft haben und das Vermögen des Mubarak-Clans bis zu 70 Milliarden $ betragen dürfte, wirkt dieses Argument lächerlich. Tausende Arbeiter im öffentlichen Sektor haben dagegen grade mal 60 bis 90 Pfund monatlich verdient, zum Beispiel in der Landwirtschaft und der Landgewinnung.

FKG: Das funktioniert aber nur, wenn man noch Zugriff auf Land hat?

JC: Ja, oder wenn du noch andere Jobs hast. Zehntausende im Land haben demonstriert, weil sie 800 Pfund oder weniger verdient haben. Seit Dezember 2006 fordern tausende von Arbeitern einen monatlichen Mindestlohn von 1.200 Pfund für alle Sektoren. Mit dem Beginn des Aufstands ist diese soziale Forderung, obwohl sie weiter populär war, leider etwas in den Hintergrund geraten, zugunsten der dringenden politischen Forderungen. Formuliert wurde sie vor allem von den Arbeitern selbst und von Jugendlichen, die Verbindungen zu Arbeiterinitiativen haben.

Aber, klar, die Hauptforderung war der Sturz Mubaraks, die Absetzung und strafrechtliche Verfolgung seiner Minister, die Auflösung des staatlichen Überwachungsapparats, der Kampf gegen die Korruption und so weiter. Die Forderungen des Aufstands waren primär politisch, nicht sozial oder ökonomisch. Und seit der Revolution verbreiten die staatlichen Medien Propaganda nach dem Motto: „Dies ist keine Zeit für Streiks. Die Revolution war erfolgreich und ist nun zu Ende. Zurück an die Arbeit, sonst schadet ihr der Volkswirtschaft." Die haben sogar behauptet, dass die Arbeiterstreiks Teil der Konterrevolution seien.

FKG: Das klingt nach Orwell.

JC: Ja, wenn die Arbeiterstreiks nicht gewesen wären, dann wäre Mubarak noch an der Macht. Schon vor der Revolution waren die Arbeiter der lautstärkste und am besten organisierte Teil der Zivilgesellschaft, die einflussreichste und stärkste soziale Bewegung in Ägypten. Und jetzt behaupten staatliche Medien, die Interimsregierung und der Militärrat, dass die Streiks Teil der Konterrevolution seien. ■

In der Nächsten Ausgabe:
Teil II: Die „Kommune vom Tahrir-Platz"

Anmerkungen Teil 1:

1 Paul Amar, Why Egypt's Progressives Win, 8. Februar 2011, *jadaliyya.com*

2 Rainer Hermann, Ägypten: Vorgeschichte und Nachwirkungen, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20. Februar 2011, *http://www.faz.net/artikel/C32315/aegypten-vorgeschichte-und-nachwirkungen-30327968.html*

Warum ich kein Patriot bin

Ich bin überzeugt, dass die meisten jener, die sich Patrioten nennen und dies durch einen Hang zu heimischen Orten oder lokalen Traditionen rechtfertigen, gute Absichten haben. Ich bin aber der Ansicht, dass ihr Hang zum Patriotismus ein Fehler ist, aus Gründen die ich unten ausführen werde.

Auch ich fühle mich meiner Stadt oder meinem Land, in dem ich lebe, aufgrund der einfachen Tatsache verbunden, dass die Sprache, die ich hier spreche, diejenige ist, auf der ich mich am besten ausdrücken kann, aufgrund der Tatsache, dass ich einfach hier lebe und die Personen, mit denen ich meine Zeit verbringe, dieselbe Kultur teilen, die sich mit uns weiterentwickelt oder ändert. Wo immer menschliche Gemeinschaften existieren entsteht eine eigene Kultur dieser Gemeinschaften. Jeder von uns ist unweigerlich an die Kultur gebunden, in der wir uns entwickeln. Jedoch ist dieser Hang von dem ich spreche nichts weiter als eine Sache meines persönlichen Komforts. Ich muss mich nicht außergewöhnlich anstrengen, mich hier anzupassen, wie ich es irgendwo machen müsste, wo beispielsweise eine Sprache gesprochen wird, die ich nicht sehr gut beherrsche.

Nun meine ich zwei Dinge, die die vulgäre Erweiterung dieses natürlichen Gefühls der Zugehörigkeit zu heimischen Orten und den Patriotismus repräsentieren:

Sobald dieses Gefühl der Zugehörigkeit die Grundlage einer Ideologie stellt, ist es egozentrisch – die Quelle von Konflikten statt Kooperation, der Feindseligkeit statt des Verständnisses und friedlichen Zusammenlebens, im Gegensatz stehend zum sozialen Draht des Menschen. Patriotismus als Manifestation des gesellschaftlichen und politischen Lebens schadet der individuellen Freiheit, da man ihn am Meisten als Vorwand heranzieht, um Machtmissbrauch und das Dienen von Massen ihnen eigentlich entgegengesetzten Interessen gegenüber zu bewahren.

1. Der Patriot ist egozentrisch. Er reduziert seine gesamte Existenz auf den Ort, an dem er zufällig und unverschuldet geboren wurde. Diese Eigenschaft wird oftmals durch einen Komplex der Überlegenheit der restlichen Welt gegenüber verstärkt. "Es ist beklagenswert, dass jemand der Feind der gesamten Menschheit werden muss, um ein guter Patriot zu sein", stellt der Philosoph und Illuminat Voltaire fest. Der Patriot ist unfähig, andere Kulturen, andere Gemeinschaften zu bewundern und wenn er sie sieht, macht er das mit Neid oder Verachtung. Es ist kein Zufall, dass der Patriotismus als Ideologie Hand in Hand mit dem Militarismus oder einem Heldenkult einhergeht. „Heldentum auf Kommando, sinnlose Gewalt und die leidige Vaterländerei, wie glühend hasse ich sie, wie gemein und verächtlich erscheint mir der Krieg: ich möchte mich lieber in Stücke schlagen lassen, als mich an einem so elenden Tun beteiligen!", sagte Albert Einstein in einer Epoche, in der der deutsche Patriotismus der Grund für die größte Zerstörung in der Geschichte der Menschheit war.

Der Fetisch der Patrioten ist die Geschichte, eine nationale Geschichte, eine Interpretation der eigenen Geschichte, die sich in den meisten Fällen in Unstimmigkeit mit der geschichtlichen Realität befindet. Eine Geschichte, die eine lange Reihe von Männern des Volkes als Retter präsentiert, eine Geschichte die den Heldenkult aufrechterhält. Ich will nicht auf diesen Punkt beharren, doch ist offensichtlich, dass die wirkliche Geschichte fern von diesem romantischen Bild ist, das von Patrioten propagiert wird. Sowohl das Mittelalter als auch die Moderne sind geschichtliche Perioden in denen es von Missbrauch seitens der Kleriker, der Feudalen, der privilegierten Klassen nur so strotzte, und dabei ist nichts Heldenhaftes. Es strotzt vor Kriminalität, Ungerechtigkeit, unnötiges Opfern so sehr, dass ich im Innern unserer Gesellschaft ein größeres "Übel" identifizieren kann als ein "Übel" von außen. Patrioten aber verstehen sich darin, das Elend unter den Teppich zu kehren. Sie beziehen sich in den meisten Fällen auf eine gefälschte Geschichte oder einer, die ihnen recht kommt und ignorieren, was nicht ihrer Sache dient. Das machen sie nicht nur mit der Geschichte. Ihre Gefühle sind leicht zu verletzen. Kritisiert jemand Fremdes ihre Gesellschaft, ziehen sie es vor die Realität zu mystifizieren und ein anderes Bild jenseits vom Realen zu präsentieren. Ich erinnere mich an das Beispiel der an AIDS erkrankten Kinder oder denen aus Waisenhäusern in den 90er-Jahren. Die gesamte rumänische, öffentliche Meinung war betrübt, weil der Westen mit dem Finger auf Rumänien zeigte, als Land, in dem Kinder aufgrund unmenschlicher Bedingungen, denen sie ausgesetzt waren, sterben gelassen wurden. Die Patrioten waren über dieses Bild aufgebracht und ihre Bemühung diente nicht der effektiven Verbesserung der Leben jener Kinder. Diese Kinder waren

lediglich eine Schande, etwas, das versteckt werden musste. Ich kann es nicht vermeiden, die Oberflächlichkeit, mit der Patrioten das Leben sehen, feststellen. Sie hätten alles getan um jene Kinder vor der fremden Presse zu verstecken und hätten auf jegliche externe Hilfe verzichtet, nur weil die Kinder einen Schandfleck auf der Backe Rumäniens repräsentierten. Verlangt nun von dieser Generation von Kindern (jener, die überlebt haben), patriotisch zu sein – warum sollten sie? Für die Patrioten wurde das "Böse" durch die fremde Presse verkörpert und nicht durch die Art und Weise, in der der Staat mit jenen Kindern umging. Eine patriotische Gesinnung steht im Widerspruch zur Evolution einer Gesellschaft. Patriotismus macht dich blind gegenüber Machtmissbrauch (ich werde auf diese These zurückkommen).

2. Patriotismus als soziale oder politische Manifestation schadet der individuellen Freiheit und wird am Meisten als Vorwand herangezogen, um Machtmissbrauch und das Dienen von Massen ihnen eigentlich entgegengesetzten Interessen gegenüber zu bewahren. Weiter oben habe ich verdeutlicht, dass die nationale Geschichte, so wie sie in Schulbüchern oder von patriotischen Organisationen präsentiert wird, eine Lüge ist. Auch habe ich verdeutlicht wie diese Geschichte einen Heldenkult betreibt und das dies in der Realität ein propagandistisches Mittel ist. Aus diesem Grund sind Antipatrioten gleichzeitig Antimilitaristen. Wie könnte ich diesen Kult der Helden, der Soldaten verehren, wenn die Armee diejenige war, die im Laufe der Geschichte nicht wenige Male zum Töten des eigenen Volkes benutzt wurde: 11.000 Tote in der Bauernrevolte 1907, als sich die von Verzweiflung getriebenen Bauern gegen die Ungerechtigkeit aufrichteten; Grivita, [Eine Eisenbahnwerkstatt in Bukarest – Anm. ASIR] 1933, als Gendarmen das Feuer auf Streikende eröffneten; Dezember 1989, als staatliche Strukturen das Feuer auf die nach Freiheit strebende Bevölkerung eröffneten. Ich könnte viele Beispiele dieser Art finden.

Wenn diese autoritäre Regime waren und sich dadurch ihre Gewalt erklärt, ist es naiv zu glauben, dass andere, an anderen Idealen orientierten, besser wären. Das aufgrund der einfachen Tatsache, dass Gewalt der Macht innewohnend ist und hilft, diese zu konservieren. Diese Konservierung wird im Guten oder mit Gewalt gemacht, entweder durch Patriotismus, Gehorsam oder durch Gewalt, sobald Protest zu einer Warnung an die Macht und die Machthabenden heranwächst. "Je größer der Staat ist, desto falscher und roher ist der Patriotismus und umso größer ist die Summe der Leiden, auf denen seine Macht gegründet ist", beobachtete Leo Tolstoi.

Es ist kein Zufall, dass alle nationalistischen Regime ein Anwachsen der staatlichen Autorität anstreben. Sie berufen sich auf die Disziplin und die Naivität der Patrioten um ihre Macht zu konservieren und im Falle einer Opposition werden sie stets an die Gewalt appellieren. Herrmann Göring selbst stellte aufrichtig fest: "… Natürlich, das einfache Volk will keinen Krieg, weder in Russland noch in England, noch in Amerika, und ebensowenig in Deutschland. Das ist klar. […] Man braucht nichts zu tun, als dem Volk zu sagen, es würde angegriffen, und den Pazifisten ihren Mangel an Patriotismus vorzuwerfen und zu behaupten, sie brächten das Land in Gefahr. Diese Methode funktioniert in jedem Land."

Das Identifizieren eines solchen äußeren Feindes ist ein gemeinsames Element aller Patrioten. Britische Patrioten verachten Franzosen und umgekehrt, französische Patrioten Deutsche und umgekehrt, rumänische Patrioten Ungaren und so weiter. Das hält selbst in Friedenszeiten ein Maß an Anspannung aufrecht, das dass patriotische Gefühl bewahrt. Ist dieser dämliche Stolz etwas, für das es sich zu sterben lohnt oder für das es sich lohnt, die Tatsache zu negieren, dass auch die Anderen ein Recht auf Leben haben? Für Patrioten ja, weil "Patriotismus die Bereitwilligkeit ist, aus trivialen Gründen zu töten und getötet zu werden" – Bertrand Russell.

Patriotismus ist nur das Dogma, das dich in den Tod schickt, und an diesem Tod ist nichts heldenhaftes. Welches Heldentum ist im Falle eines getöteten Militärs, beispielsweise im Irak oder in Afghanistan, zu finden, der dort hingegangen ist, um einen höheren Sold als den hierzulande zu bekommen und der jungen Alters in einem Krieg stirbt, der ihm nicht gehört? Macht ihn eine Zinnmedaille zum Helden, die er postmortem bekommt? Macht ihn die Tatsache zum Helden, dass er Menschen tötet, die er nicht einmal kennt? Menschen wie er, mit Familien, mit Freunden, die sich am Leben erfreuen oder schuften um sich über Wasser zu halten.

Politiker werden sich immer des Patriotismus bedienen, um eine Politik zu rechtfertigen, mit der du nicht einverstanden bist, um ihre Privilegien zu konservieren oder um dich blind gegenüber dem Missbrauch von Macht zu machen, weil "Patriotismus das Plädoyer für Raub im Interesse der privilegierten Klassen des staatlichen Systems ist, in das wir zufällig hineingeboren wurden" – Leo Tolstoi.

Als eine Antwort auf all das finden Patrioten immer Definitionen für den Patriotismus, die entweder oberflächlich (und somit eine tiefgründigere Analyse dessen, was der Patriotismus ist, verhindern) oder emotional (die ihren Mangel an rationalen Argumenten kompensieren sollen) sind. Zusätzlich können sich diejenigen, die vor 1989 gelebt haben, daran erinnern wie einem der Patriotismus durch Erziehung und allen propagandistischen Mitteln eingeimpft wurde, die dem Staat zugänglich waren. Ein leichtes Mittel der Kontrolle in der Hand der Macht – unabhängig ihrer Art, unabhängig der Epoche, sei es vor 1945, sei es danach, sei es in der Gegenwart.

Aus all diesen Gründen bin ich kein Patriot. ■

|| Mihai Rusu
Aus dem Rumänischen übersetzt.
Original: Salpetru Blog

Fukushima: Ein V

Mitte August 2011 waren Mitglieder der unabhängigen japanischen Eisenbahnergewerkschaft Doro Chiba und der Studierendenorganisation Zengakuren auf Informationstour durch Deutschland. Am 10. August machten sie auf Einladung des „Komitees für Rätedemokratie" Halt in Mannheim.

54 Atomkraftwerke gibt es in Japan, 2009 haben hier 83.000 Menschen gearbeitet. 30 Prozent des Energiebedarfs in Japan werden durch Atomstrom abgedeckt, wobei die Sekretäre der Doro Chiba aber auf einen Produktionsüberschuss aufmerksam machten, der die Abschaltung der AKWs durchaus möglich mache. Proteste gegen die Nutzung der Atomkraft gab es durchaus schon immer, gerade unter dem Einfluss der sozialdemokratischen und kommunistischen Partei konzentrierten sich diese allerdings auf die militärische Nutzung der Atomkraft. Fukushima markiert den schlimmsten Atomunfall in der Geschichte der Menschheit. Seit dem Super-GAU von Fukushima ist die Ablehnung der „friedlichen" Atomkraftnutzung auf 70 Prozent angestiegen, so berichtet der Gewerkschaftssekretär Sato Yuji.

Klassenkampf in Fukushima

Zumindest für die unabhängigen Gewerkschaften und Studierenden stellt sich in Japan der Kampf gegen die Atomkraft als Bestandteil des Klassenkampfes dar. Dieses Verständnis hängt sicherlich auch damit zusammen, dass sich auf Versammlungen auch ErzieherInnen, SozialarbeiterInnen, Verwaltungsangestellte und LehrerInnen selber als Arbeiterklasse verstehen. Der seit 24 Jahren andauernde Kampf von 1987 aus im Zuge der Privatisierung der Staatseisenbahn entlassenen Eisenbahner und die Arbeitskämpfe der in den Atomkraftwerken Beschäftigten werden im Zusammenhang betrachtet, die vehemente – teils an Kriegszustände erinnernde – Verteidigung der Atomkraft von Regierungsseite wird im Zusammenhang mit den Interessen der Industrie betrachtet: „Was in Fukushima geschieht, ist Klassenkampf" betonte Sato Yuji. Der Super-GAU ist ein „Verbrechen von Staat und Kapital". Wie es in dem von der Doro Ciba erstellten Dokumentarfilm zu den Protesten heißt: „Die Arbeiterklasse wird mit einem nuklearen Krieg konfrontiert".

Verbrechen von Staat und Kapital

Fukushima wird damit auch als Teil der globalen Wirtschaftskrise interpretiert: Der „nationale Notstand“, den die Regierung impliziert, wird als Vorwand für Finanzspritzen für große Unternehmen, die Ausweitung von Wochenendarbeit und Lohnkürzungen genutzt. Die Kritik von Doro Chiba richtet sich damit auch insbesondere gegen den korporatistischen Gewerkschaftsbund RENGO, der die Atom- und Kürzungspolitik der Regierung vorbehaltlos unterstützt und den Einsatz von LeiharbeiterInnen und Freeters in den Atomkraftwerken fördert.

Matsumuro Shiori von der Studierendenföderation Zengakuren ergänzte den Bericht aus Sicht der Studierenden: Relevantester Aspekt sei hier die Kritik und der Rausschmiss korrupter WissenschaftlerInnen aus den Universitäten. Diese hatten der Nutzung der Atomenergie immer ihren wissenschaftlichen Segen erteilt. Ähnlich wie in Deutschland befinden sich die Universitäten in Japan im neoliberalen Umbau, Verwaltungsgremien, die den deutschen Hochschulräten vergleichbar sind, werden mit Unternehmensbossen besetzt: So sitzt mit TEPCO der Betreiber des AKW von Fukushima in der Verwaltung der Universität von Kyoto.

Solidarität gefragt

Neben diesem neuen, ökonomischen Bewusstsein für die Problematik der Atomenergie integriert sich aber auch die alte friedenspolitische und ökologische Bewegung in die Massenproteste. „Bakusha“, traditionell der Begriff für die Opfer von Hiroshima und Nagasaki, werden nun auch die Opfer von Fukushima genannt. Überlebende der Atombombenangriffe des Zweiten Weltkriegs engagieren sich.

Die japanischen BesucherInnen betonen die Notwendigkeit internationaler Solidarität gerade von Deutschland aus: Als ein Land, in dem die Anti-AKW-Bewegung historisch vergleichsweise erfolgreich war und sich von Japan aus auch die Abschaltung der AKWs als Erfolg dieser Bewegung darstellt, hat die deutsche Anti-AKW-Bewegung hier eine Vorbildfunktion. Auf japanischen Demonstrationen, so zeigte der genannte Film, berufen sich die Protestierenden auf die Bewegungen in Ägypten und Griechenland ebenso wie auf die Anti-AKW-Proteste hierzulande. In diesem Sinne rufen Doro Chiba und Zengakuren nach einer japanischen Konferenz am 5. August dieses Jahres zu internationalen Protesten am 6. November 2011 auf. ■

|| Torsten Bewernitz

http://www.zengakuren.jp/wp
http://dorochibanewsletter.wordpress.com

Bericht in der aktuellen Ausgabe der „Direkten Aktion“ (Nr. 206, Juli/August 2011):
http://www.direkteaktion.org/206/strahlender-kapitalismus

Privatisierung ist Diebstahl

Steuern bringen Zwang mit sich; darum heißen sie nicht Spenden. Dementsprechend könnte man denken, selbsternannte Befürworter freier Märkte und eines schlanken Staates, insbesondere Ayn Rand-Fans, seien sich der Tatsache bewusst, dass der genötigte Steuerzahler den stärksten Eigentumsanspruch hat, sobald es um einen moralischen Anspruch an den von besagten Steuern finanzierten Dingen geht – von Telekommunikations- bis Transportinfrastruktur.

Womit man natürlich falsch läge. Wenn es um die Verschlankung des Staates geht, sind die meisten Konservativen und Libertarians geil auf Privatisierung, womit sie meinen, dass die Regierung Eigentum des Steuerzahlers an den höchsten privaten Bieter versteigert. Problematisch unter dem Aspekt der Freiheit und individueller Rechte ist an diesem Vorgehen, dass denen, die gezwungen wurden in das zu versteigernde staatliche Objekt zu investieren, so gut wie nichts davon bleibt. Üblicherweise stürzt sich ein multinationaler Konzern darauf und nimmt es für einen Spottpreis mit.

Nehmen wir das Beispiel des staatlichen Telekommunikationsunternehmens GUATEL aus Guatemala. In den späten 1990er Jahren verkaufte die Regierung von Guatemala 95% ihrer Anteile an eine private Firma namens Telgua, die – nicht zuletzt weil man ihr einen monopolistischen Marktanteil übergab – bis heute der größte Telekommunikationsanbieter des Landes ist.

In Reason1 wird der Schritt diese Woche als klarer Sieg über den Etatismus gefeiert. „In Guatemala“, so der ehemalige Chef von GUATEL, Alfrefo Guzmán, dem Magazin gegenüber, „haben wir nun ein eindeutiges Beispiel dafür, dass Freiheit funktioniert“.

Na ja, da bin ich mir nicht so sicher. Während Reason behauptet, dass der Schritt für die weite Verfügbarkeit von Telefondiensten im heutigen Guatemala verantwortlich ist, kann man anderswo in Zentralamerika nachsehen und eine ähnliche Ausbreitung beobachten. Sogar im der Zeit hinterherhinkenden Nicaragua – und ich sage das liebevoll – kann ich 3G-Internetzugang so gut wie überall bekommen (und anders als auf dem „freien Markt“ der USA kann ich das zu erschwinglichen Preisen mithilfe eines Prepaid-Modems tun).

Doch wenn wir das in Guatemala Geschehene als Resultat von “Freiheit” bezeichnen wollen, dann erscheint mir die aktuelle Zahl Sexting praktizierender guatemaltekischer Teenager weit weniger relevant als die Frage, wie der Übergang von einem staatlichen zu einem „privaten“ Telekom-Monopol tatsächlich von statten ging. Und wenn man sich das wirklich ansieht, sieht es allmählich weniger wie eine Geschichte freier Geister und freier Märkte aus, sondern mehr wie die altbekannte Geschichte, in der die eine ökonomische Klasse, internationale Kapitalisten, die Macht des Staates nutzen um eine andere ökonomische Klasse auszubeuten, in diesem Fall guatemaltekische Arbeiter.

Wie der ehemalige GUATEL-Chef Guzmán selbst im Interview mit Reason prahlt, war die Entscheidung zur Privatisierung der Firma in seinem Land politisch derart unpopulär (sprich: „mutig!“), dass die Regierung ihre eigenen Bürger tatsächlich mit Gefängnis bedrohen musste, sollten sie gegen den angedachten Verkauf durch Streik protestieren. Statt das Recht der Bevölkerung zu respektieren, sich frei zu organisieren und ihre Unzufriedenheit zum Ausdruck zu bringen (in diesem Fall lediglich durch Nichtarbeit), bedrohte die Regierung ihre Untertanen mit der Aussicht auf Zeit hinter Gittern, falls sie diese Rechte wahrnehmen. Derartige Manöver mögen multinationalen Konzernen das Leben leichter machen, doch das ist nicht gerade „Freiheit“.

Statt das staatliche Telekommunikationsmonopol an den Höchstbietenden zu übergeben, hätte die Regierung von Guatemala sie der Bevölkerung übergeben können – und, meinen schrägen syndikalistischen Ansichten nach, müssen. Jedem Bürger des Landes hätte man einen Anteil an der Firma geben

können, und ein Mitspracherecht bei ihrer Leitung; vielleicht hätten jene dafür gestimmt, diese Autorität an ein gewähltes Gremium zu delegieren. Oder der Staat hätte sein Telekom-Monopol unter dessen Arbeitern aufteilen können, die es als Kooperative hätten weiterbetreiben können. Jede dieser Möglichkeiten, oder eine Kombination aus beiden, hätte die Rechte und das Eigentum der Menschen, die ihre Zeit und ihr Geld in GUATEL investiert haben, besser geschützt, als die Firma bloß an den multinationalen Konzern mit dem meisten Geld zu versteigern.

Abgesehen von den finanziellen und politischen Gründen, warum dies nicht geschah – vielleicht gar, weil reiche Kapitalisten mehr Einfluss auf die Entscheidungen einer Regierung haben als arme Arbeiter? – gibt es einen kulturellen Grund, warum tatsächlich freiheitliche Optionen unter den Leuten bei Reason und anderen Privatisierungsfanatikern wenig Beachtung finden: Es riecht nach Sozialismus. Natürlich sind Kooperativen vollkommen kompatibel mit Voluntarismus oder sogar modernem Kapitalismus, doch wenn kein CEO mit einem Wahnsinnsgehalt und einem Privatjet involviert ist, wollen rechte Libertäre nichts davon hören. Denn wer würde sie schließlich dafür bezahlen, diese Wahnsinnsgehälter und Firmenjets zu verteidigen?

Während sie ihre Liebe zur Freiheit predigen, ist es eindeutig, dass für viele Rechte die Zuneigung zu Märkten – und insbesondere Konzernen – alle anderen Bedenken bezüglich Gewalt und staatlicher Macht übertrumpft. Alle menschlichen Bedürfnisse müssen von einem Konzern in einem quasi-kompetitiven Markt erfüllt werden (letzteres ist optional), auf dass wir keine schwächlichen Sozialisten werden, die ständig von „Teilen“ und „Gemeinschaft“ faseln. Dass es Alternativen zu solch strikt definierten ökonomischen Systemen gibt, die nicht auf staatlichem Zwang basieren – und wer, glaubst du, gewährt Konzernen die Rechte juristischer Personen und Haftungsbeschränkung? – wird nicht einmal anerkannt. Das Licht am ende des Freiheitstunnels ist ein McDonald’s-Bogen. Buchhaltungsunterlagen sind das Evangelium.

Wenn es uns jedoch darum geht, die Verwendung von Zwang in zwischenmenschlichen Angelegenheiten zu minimieren, statt die Profite von Konzernen zu maximieren, dann sollten falsche Privatisierungsmachenschaften wie das, was die Einwohner von Guatemala über sich ergehen lassen mussten, als das beschrieben werden, was sie sind: Erscheinungsformen von Korporatismus, und nicht von Freiheit und freien Märkten. Um es noch einmal zu wiederholen: Ein staatliches, von Steuerzahlern finanziertes Monopol an internationale Investoren zu übertragen, ist kein Gewinn für die Freiheit. In diesem Szenario ändert sich bloß, wer von staatlichem Zwang profitiert, Politiker oder Kapitalisten – wenn überhaupt, in Anbetracht der Verknüpfungen zwischen beiden Gruppen.

Statt vor Big Business zu kriechen und zu fordern, staatliche Macht an durch den Staat geschaffene Konzerne zu übergeben, sollten Libertarians und andere selbsternannte Verfechter der Freiheit auf der rechten Seite des politischen Spektrums lieber fordern, dass diese Macht der Bevölkerung gegeben wird. Dass sie dies nicht tun, deutet darauf hin, dass sie nicht als Verfechter von Freiheit, sondern als Verfechter eines Konzernkapitalismus bezeichnet werden müssen. Und nein, Virginia (Postrel)2, das ist nicht dasselbe.

|| Charles Davis

Der engl. Originaltext erschien unter dem Titel „Privatization is Theft“ am 19. Mai 2011 auf charliedavis.blogspot.com.

Charles Davis ist ein unabhängiger Journalist, dessen Arbeiten unter anderem bei Inter Press Service, AlterNet, Common Dreams, Counterpunch and Antiwar.com erschienen sind. Er führt ein Blog unter charliedavis.blogspot.com.

1. Das monatliche Magazin Reason ist eine der prominentesten Publikationen des amerikanischen Libertarismus, und gibt sich den Untertitel „free minds and free markets“.

2. ehemalige Chefredakteurin von Reason

AK Libertad

Wir sind ein anarchistischer Arbeitskreis aus Augsburg. Zusammengeschlossen haben wir uns letztendlich Anfang 2011. Neben uns gibt es in Augsburg noch den anarchistischen Arbeitskreis Umtriebe Auxburg (Ak Aua). Anfangs haben wir uns als Einzelpersonen bei Veranstaltungen in unseren örtlichen Infoladen „Ganze Bäckerei" engagiert, aber auch bei Demonstrationen, Infoveranstaltungen sowie diversen Aktionsformen. Irgendwann entstand bei den einzelnen von uns das Gefühl, nicht nur bei den organisierten Veranstaltungen etc. helfen zu wollen, sondern auch selbst was auf die Beine zu stellen. Aus dem und paar anderen Gedanken entstand dann der Arbeitskreis. Uns ist hierbei aber sehr wichtig, nicht nur dem Arbeitskreis unsere volle Beachtung zu schenken, sondern solidarisches Handeln und Denken gegenüber anderen Arbeitskreisen, Gruppen, Einzelpersonen aber auch Aktionsformen

Oftmals mussten wir uns anhören, wir seien Szenespalter im Angesicht, dass es ja schon ein anarchistischen Arbeitskreis in Augsburg gibt. Diese Aussagen gaben uns den Anstoß, darüber nachzudenken, aber auch zu diskutieren. Dieses Erlebnis war prägend für uns. Wir sahen uns und sehen uns nicht als eine Szene, in der wir uns bewegen, sondern als Anarchistinnen*, die – so gut wie es nur möglich ist – probieren frei zu leben. Wir wollen uns nicht in einen Arbeitskreis zwängen lassen, in dem wir uns nicht wie jetzt so frei und unkompliziert entfalten können. Das heißt nicht, dass wir es in dem anderen Arbeitskreis nicht könnten, jedoch wäre es schwierig. Also warum sollten wir uns das Leben noch unnötig schwerer machen, als es eigentlich schon ist.

Wir sehen uns alle auch nicht als Konkurrenz, wir entwickeln unabhängig voneinander Ideen und unterstützen uns gegenseitig, was für uns enorm wichtig ist, da dadurch eine größere Vielfalt aber auch ein gewisser Rückhalt entsteht. So entwickelte sich auch eine gewisse Akzeptanz gegenüber allen. Als Beispiel hier, so halfen uns der Ak Aua, bei Veranstaltungen mit der veganen Volxküche, wobei sie mit dem Veganismus nichts anfangen können. Gemeinsam organisierten und organisieren wir Infostände auf örtlichen Konzerten, Festivals und dem jährlich stattfindendem Antirassistischen Fußballturnier, Infoveranstaltungen sowie Vorträge im Infoladen Augsburg, aber auch Konzerte im selbstverwalteten Zentrum Ballonfabrik. Nächstes Jahr möchten wir gemeinsam eine Demonstration in Augsburg organisieren und veranstalten deshalb im Dezember ein Solikonzert. Zu diesem Thema können wir leider nicht mehr schreiben, da wir mit der Planung ganz am Anfang stehen.

Wir, der AK Libertad, können und wollen uns dem alltäglichen Sexismus, Rassismus, Homophobie, dem kapitalistischen Denken und dem Repressionsapparat nicht entfliehen, sondern wollen dem Ganzen durch Aktionen, Veranstaltungen, aber auch allein durch Kommunizieren entgegensetzen. Uns ist es wichtig, diese Themen an andere Menschen heranzubringen, die Problematik aufzuzeigen und gemeinsam Alternativen zu schaffen. Alternativen, wo nicht nur wir uns wohl fühlen, sondern auch Andere. Unserer Meinung nach ist es auch enorm wichtig, eben diese Problematik aufzuzeigen, denn wir können nicht davon ausgehen, dass jede und jeder eben diese sieht, neben der ganzen Gesamtscheiße, so wie wir nicht davon ausgehen, dass wir jede Problematik so sehen wie es andere tun.

Die Augsburger „linke Szene" ist relativ klein und sehr familiär. Augsburg ist ungefähr wie ein Dorf (bezogen auf die Bewegung), wo jede und jeder, jeden kennt. Was seine Vorteile, aber auch Nachteile mit sich bringt. So entsteht oft das Gefühl, wir seien alle verschlossen. Dem probieren wir was entgegenzusetzen, indem wir die Leute aktiv ansprechen, sie zu Veranstaltungen einladen und ihnen offen entgegenstehen.

Wir sind relativ jung und erleben die Bewegung erst seit ein paar Jahren, so ist es uns wichtig alte Aktionsformen aufzugreifen, darüber nachzudenken, warum jene nicht funktioniert haben und sie neu zu gestalten und definieren. Auch ist es uns wichtig über unsere eigenen persönlichen Grenzen zu sprechen und unsere Angst immer wieder neu zu definieren, um dabei niemanden in Gefahr zu bringen.

PS.: Wir schreiben Anarchistinnen im Zusammenhang unseres Arbeitskreises nur deshalb in weiblicher Form, da der AK Libertad bis jetzt nur aus Frauen besteht, die sich alle eigen so definieren. ■

AK LIBERTAD

Einschätzung der diesjährigen Libertären Tage

Auch dieses Jahr soll in Dresden mit den Libertären Tagen wieder eine Woche rund um Herrschaftskritik, Utopien, Solidarität und Selbstorganisation stattfinden. Dieses Jahr steht das Ereignis vom 17.-24.09. unter dem Titel „Anarchie und Alltag".

Bereits im letzten Jahr hatten die Libertären Tage in der kleinen ostdeutschen Stadt Dresden für einiges Aufsehen gesorgt. Neben einer Reihe von Vorträgen und Workshops z. B. über Schlösserknacken, die politische Gewaltfrage, die Zukunft der Gewerkschaften, Sexismus, Hausbesetzung, anarchistische Geschichte, die linke Fußballszene, solidarische Ökonomie, Selbstbau-Anleitungen, kostenlose Mobilität, Anarchismus allgemein und verschiedene Projektvorstellungen fanden auch eine Reihe von Aktionen statt. Neben einer unangemeldeten 1. Mai-Demo, fanden konsumkritische und antifaschistische Stadtrundgänge, eine Solidaritätsdemonstration für die FAU, eine Schwarz-Fahr-Party, eine Platzbesetzung, ein Punx-Picknick, eine Anti-Repressions-Demonstration, eine Kundgebung für den Erhalt freier Radios, eine 8.-Mai-Jubelfeier und 2 Hausbesetzungen statt.

Auch dieses Jahr haben die Organisator*innen angekündigt, eine Reihe von Aktionen und Vorträgen miteinander zu verknüpfen. Dabei soll das Programm sowohl für Zugereiste Platz für Austausch und Diskussion bieten, als auch Menschen in Dresden, die mit den entsprechenden Themen noch nie in Berührung kamen, ausreichend Anknüpfungspunkte und Einführungen bieten. Schließlich ist natürlich auch ein politischer Erfolg mittels Aktionen als auch ein mediales Echo, das über die unmittelbare Wahrnehmbarkeit der Veranstaltungen hinaus auf die Themen und Strukturen aufmerksam macht, erhofft.

Derzeit ist die politische Landschaft in Dresden von einer, seit 20 Jahren regierenden, rechts-konservativen CDU-Führung und einer ihr treuen Staatsanwaltschaft geprägt. So laufen seit 2009 gegen verschiedenste politische Akteure Observationsmaßnahmen. Seit 2010 kam es von der Dresdner Staatsanwaltschaft und Polizei zu einer massiven Ausweitung der Telekommunikationsüberwachung (z. T. Funkzellenauswertung – flächendeckende Erfassung, Auswertung und Speicherung von weit über einer Million Handydaten), Aufnahme der Ermittlungen nach Paragraph 129 StGB – Bildung einer kriminellen Vereinigung. 2011 kam es zu annähernd 30 Hausdurchsuchungen, aktuell sind im 129-Verfahren mindestens 20 Personen angeklagt.

Zeitgleich nahmen seit 2010 Nazi-Angriffe auf linke Projekte, neben einer nicht zu beziffernden Zahl an Anschlägen auf von Migrant*innen geführte Geschäfte, im Raum Dresden immens zu. Im Jahr 2010 waren allein 17 Brandanschläge von Nazis zu verzeichnen. Auch dieses Jahr gab es wieder eine Reihe von Angriffen, wie den Überfall von 250 Faschist*innen auf das Hausprojekt Praxis in Dresden.

Dem gegenüber steht allerdings eine der größten städtischen Vernetzungen für libertäre und anarchistische Politik im deutschsprachigen Raum und eine Reihe von solidarischen Gruppen und Projekten. Die Gruppen, die sich im Libertären Netzwerk Dresden zusammenfinden, betreuen, trotz Auseinandersetzungen mit Repressionsorganen, organisierten Neo-Nazis, einer zu größten Teilen rechtsoffenen Hooliganszene und rechts-konservativen Bevölkerungsteilen Hausprojekte, Werkstätten, monatliche Veranstaltungen, eine Zeitung, ein ausführliches Online-Infoportal und versuchen so, den realen politischen Einfluss einer libertären Bewegung – und natürlich diese selbst – zu vergrößern.

Nachdem im letzten Jahr die Veranstaltungswoche von den Medien so lange nicht wahrgenommen wurde (trotz Pressekontakten, täglichen Mitteilungen und freien Fotos noch am jeweiligen Abend), bis es im Rahmen der Hausbesetzungen zu den ersten Verletzten kam, so ist auch dieses Jahr wenig mehr zu erwarten.

Mut machten dagegen die Besucher*innenzahlen, die letztes Mal auf 500-800 Menschen geschätzt wurden, wobei kaum Menschen von außerhalb anreisten. Dies schlug sich dann auch in der folgenden Zeit nieder. Zum einen begannen spürbar mehr Menschen, sich zu informieren und teilweise auch sich zu organisieren. Zum anderen werden Anarchist*innen, die sich als solche kenntlich machen, seit dem immer wieder gefragt, wann denn die nächsten Libertären Tage stattfinden. Dieser Entwicklung steht jedoch leider weniger Engagement in der Organisationsgruppe gegenüber, was sich natürlich auf deren Möglichkeiten niederschlägt. Das als reines Desinteresse zu interpretieren, würde jedoch der Situation sicher nicht gerecht, eher ist es so, dass ein größeres Spektrum an Projekten und regelmäßigen Veranstaltungen in Verbindung mit dem stärker hervortretenden Arbeitsfeld Anti-Repression natürlich auch mehr Zeit von den Aktiven in der libertären Bewegung fordert.

Als Konsequenz daraus ist das bisherige Programm vor allem von Vorträgen und Workshops gekennzeichnet. Diese wurden z. T. von den Referent*innen selbst angeboten und sind andererseits vor allem für die Einführung und Vertiefung in verschiedene politische Arbeitsfelder ausgesucht worden. Die bereits feststehenden Veranstaltungen haben vor allem das Ziel, inhaltliche und praktische Skills weiterzugeben, damit die Beteiligten selber aktiv werden können. Daneben wird eine ganze Reihe kultureller Veranstaltungen geboten. Neben zwei Großdemos in der Nähe Dresdens, erwartet aktionistische Menschen auch eine sozialkämpferische Demonstration der örtlichen FAU-Ortsgruppe. Klar ist auch, dass in einer repressiven Stadt wie Dresden nicht alle politischen Aktionen im Vorfeld angekündigt werden. Trotzdem sind Polit- und Bezugsgruppen von außerhalb gebeten, selber ihre Möglichkeiten abzuschätzen und die Woche nicht als reine Konsument*innen zu erleben, sondern eben auch die Strukturen vor Ort zu unterstützen, indem sie inhaltlich und praktisch selbst aktiv werden.

Als abschließende Einschätzung vor Ort bleibt zu sagen, dass der Erfolg und der Umfang der Libertären Tage von einer Vielzahl Faktoren abhängt. Was haben die letzten Libertären Tage bei den Menschen in Dresden bewegt? Waren letztes Jahr völlig spontane Aktionen, Stände Vorträge, Konzerte noch eher die positive Ausnahme, so könnte mensch hoffen, dass dieses Jahr viele Menschen schon eine Idee haben, wie sie sich einbringen können und das auch tun. Wie viele Menschen werden von außerhalb kommen und in welcher Rolle werden sie sich begreifen? Volle Vortragsräume und viele Teilnehmer*innen auf den Demonstrationen sind eine schöne Erfahrung, schöner wäre es jedoch, wenn die Libertären Tage als zur Verfügung stehender Raum gewertet werden – mindestens eine Woche haben wir einen leeren Aktionsraum, den wir ALLE füllen können, haben wir eine mittelgroße Stadt, die wir uns nur nehmen müssen. Die Spannung einer solchen Großveranstaltung erwächst aus dem, was nicht vorhersehbar ist, aus Dynamik und Interaktion. Sollten die Libertären Tage nur „besucht“ werden – so könnte ihr Anliegen durchaus scheitern – sollten sie „gestaltet“ werden, dann kann daraus eine kleine Revolte entstehen die beflügelt, antreibt, elektrisiert.

Mehr Infos auf *utopienentdecken.blogsport.de und libertaeres-netzwerk.info*. ■

w.m. / Dresden

Leserbrief zu Anarchie und Fussball

Schön, dass die BARRiKADE in der GAIDAO erwähnt wird und das andere unsere Themen wie Fußball & Anarchismus aufnehmen.

Den Beitrag bzw. die Übersetzung zur 'Kollektiven Ökonomie', den die CNT verabschiedet haben soll, sollte man lieber schnell vergessen. Die Übersetzung ist grottig bzw. wenn die studentischen Mitglieder der CNT so auch normal reden und schreiben, kein Wunder, das dabei nichts herauskommt. Eine alternative Ökonomie die sich als CNT-FoodCoops begründen möchte, um den bösartigen Zwischenhandel auszuschalten, ist ja ganz nett. Aber wer geht schon in sein Gewerkschaftslokal und holt sich da kollektivistisch gehandelte Tomaten und Kartoffeln … zumal es ja auch erstmal Lieferanten bzw. Produzenten geben müßte, die die CNT beliefern würden, denn im Produktionsbereich sehen die Verfasser des Papiers ja derzeit keine Chance [und deshalb muß man sich notgedrungen eben nette Unternehmer und Unternehmen suchen, die einen beliefern würden].

Das große Problem ist, da mit der kollektivistischen Landwirtschaft begonnen werden soll: die CNT hat kein einziges Landarbeiter-Syndikat … insgesamt kommt die verquaste Sprache wohl deshalb daher, weil das Konzept werder Hand noch Fuß zu haben scheint. Wenn die GAKs (ich übersetze das als CNT-FoodCoops) der CNT gehören müssen, dann beutet die anarchosyndikalistische Gewerkschaft lokal Mitglieder aus, die ja unentgeltlich-ehrenamtlich diese fair-ökologischen Konsumläden aufbauen und verwalten.

Ich bin auf die Diskussion gespannt, wenn sie auch das Positionspapier Kollektivbetriebe der FAU Hamburg mit einbezieht.

Noch was – die AG/R als eine libertäre Gruppe anzuführen, ist wirklich gewagt. Eine ihrer besten Texte verfassten sie vor Jahren, um die anarchistische Zeitung ALARM aus Hamburg zu verunglimpfen, weil sie zu antikommunistisch war, seinerzeit 1919-1924. Sie hatte was gegen die KPD und andere bolschewistische Truppen. Und auch heute noch – steht da ja auch im Text drin – bandelt die AG/R lieber mit Leuten an, die mit Nationalfahnen zur „revolutionären 1. Mai-Demo" kommen. Da waren wir beim ersten sozial-revolutionären 1. Mai seinerzeit weiter. Mir fällt dazu nur ein: Brecht den Bolschewiken die Gräte – alle Macht durch die Räte! ■

Antwort:

Was soll der Quatsch? Die 1. Mais, an denen wir beteiligt waren (zuletzt 2008), hatten immer eine Unterzeile „Wir möchten auf unserer Demo keine Nationalfahnen". Über den Sinn dieser Formel wurde in der Vorbereitung auch schon ´mal diskutiert, wir waren immer dafür, sie auf dem Aufruf zu haben. (Und zum Charakter der Demo 2008 nur soviel aus dem Bündnisaufruf: „Für den Sozialismus – solidarisch und herrschaftsfrei! Für die soziale Revolution!" Zu dem Artikel über den „Alarm" kann sich jedeR selbst ein Bild machen auf unserer Seite: www.agr.de.vu. ■

|| Ein Mitglied der AG/R

Eine solidarische anarcho-kommunistische Kritik am Anarchosyndikalismus

Diese Kritik ist sehr solidarisch gemeint. Anarchosyndikalismus ist eine großartige Organisationsform und wird auch von mir voll und ganz unterstützt. Nur möchte ich auch gerne die Frage stellen, was die beste Organisationsweise und die effektivste Strategie ist, die wir verfolgen können.

Der bekannteste frühe anarcho-kommunistische Kritiker*innen am Anarchosyndikalismus dürfte Errico Malatesta (1853-1932) gewesen sein. Auch heutige anarcho-kommunistische Organisationen wie die Anarchist Federation in Großbritannien verurteilen den Anarchosyndikalismus keineswegs, sie unterstützen ihn bei einigen Gelegenheiten, aber sie kritisieren ihn und ziehen andere Organisationsweisen vor.

Ich werde versuchen die Hauptkritikpunkte, Alternativen und eigene Anmerkungen zusammenzufassen:

1. Die Unmöglichkeit, revolutionär zu sein
2. Die Konzentration auf Arbeit
3. Die Arbeitsteilung
4. Die Alternative: Kultur des Widerstands
5. Eigene Anmerkung: Identität und Sektierertum

1. Ein Hauptkritikpunkt der Anarchokommunist*innen ist, dass eine Gewerkschaft, egal wie radikal sie am Anfang sein mag, über kurz oder lang reformistisch werden muss. Das Problem dabei ist zentral darin gelegen, dass im Hier und Jetzt eine „Alternative“ geschaffen wird, die mit den herrschenden Zuständen umgehen muss und daher die gewerkschaftliche Arbeit derart ins Zentrum rücken wird, dass für den Anarchismus kaum noch Platz ist. Geschichtlich wird das mit der französischen Anarchosyndikalistischen Gewerkschaft CGT belegt, die jetzt offen reformistisch und sozialdemokratisch geworden ist. Ein aktuellerer Beleg ist die Tendenz in der FAU die Prinzipienerklärung verändern zu wollen, weil diese „zu anarchistisch“ sei. Auch die riesige anarchosyndikalistische Gewerkschaft CNT im Spanien der 1930er Jahre hatte die FAI, eine rein-anarchistische Gruppe, die innerhalb der der CNT versuchte, die anarchistischen Ideale stark zu machen. Im Text „Introduction to Anarchist-Communism“ beschreibt die Anarchist Federation (AF) den Anarchosyndikalismus als eine Form von „prefiguration“ (Prototypsansatz), der immer seine starken Grenzen hat.

2. Ein weiterer Kritikpunkt der AF ist, dass der Anarchosyndikalismus sich auf den Arbeitsplatz als ein Ort des Klassenkampfes beschränkt. Tatsächlich finden heute viele Kämpfe um Migration, sexuelle Orientierung, soziale Einrichtungen usw. statt und nicht mehr am Arbeitsplatz, wo trotzdem nach wie vor ein wichtiger Teil der Kämpfe geführt wird. Diese Konzentration des Klassenkampfes auf nur ein Feld als das angeblich vorherrschende reduziert die anderen Kämpfe, die ebenso wichtig sind.

3. Ein Problem welches Errico Malatesta schon in den 1920ern beschreibt, ist dass die Gewerkschaften immer ihren Arbeitszweig organisieren. Dieses Festhalten an der eigenen Arbeit kann zu Konflikten zwischen den Arbeitenden der verschiedenen Zweige kommen. So können die Arbeitenden eines hochtechnologisierten Zweigs sich als wichtiger vorkommen und ihre Macht gegenüber anderen ausspielen. Malatesta befürchtet, dass der Staat als Vermittler wieder an Legitimation gewinnen könnte. Ein Problem, welches sich vielleicht auch in den Streiks der Lokführer*innen und ihrer starken Gewerkschaft GDL um einen viel höheren Arbeitsstandard als andere Bahnangestellte ausdrückt.

4. Als Alternative propagiert die AF eher lose organisierte Arbeitsplatzgruppen, die mit den anderen Arbeitenden und der anarchistischen Organisation (welche Anarchokommunist*innen anstreben) in Kontakt stehen. Solche Gruppen können an den Arbeitsplätzen Propaganda verbreiten, zu Streiks aufwiegeln, Bewusstsein schaffen usw., ohne dass sie in die Positionen

kommen, mit den Chef*innen zu verhandeln. Solche Gruppen würden innerhalb und außerhalb von Gewerkschaften arbeiten, Netzwerken schaffen und könnten nicht so leicht verboten werden, da sie offiziell gar nicht existieren. Das Ziel ist es, in der beherrschten Klasse eine Kultur des Widerstands zu verbreiten, das heißt Mittel und Wege Widerstand zu organisieren zu vermitteln. Wenn diese Kultur bei den Beherrschten existiert, werden sie unbeherrschbar, auch nicht von einer neuen (vielleicht sozialdemokratischen) Regierung. Das ist Anarchismus!

5. Ich selbst sehe auch Identität und Sektierertum als ein Problem an. Wenn es große Gewerkschaften gibt, eine kleinere anarchosyndikalistische Gewerkschaft zu gründen, die dann auch noch arbeitsfähig sein will, scheint mir da wenig sinnvoll. Mit der Identität „Anarchosyndikalist*in" sich von anderen abzugrenzen, kann für Einige zwar genau deshalb attraktiv sein, aber der Effekt bei der Masse der Arbeitenden ist damit verloren. Die Strategien der AF scheinen mir da sinnvoller zu sein: Informelle Arbeitenden-Gruppen und eine anarchistisch-kommunistische Organisation, die zu allen Themenfeldern arbeitet. ■

|| Simon Bouzid,
ein einzelner Anarcho-Kommunist organisiert
im Anarchistischen Netzwerk Tübingen

Zum Weiterlesen:
-Introduction to Anarchist Communism:
Ab Seite 16 „Limits of Prefiguration: Dual Power"
(ant.blogsport.de – Downloads – Broschüren)
-Errico Malatesta: Anarchism and Labour
(www.zabalaza.net – Zabalaza Books)
-The Union makes uns Strong?
Syndicalism: a Ciritical Analysis
(www.afed.org.uk – publications – short texts)

Um die anarchokommunistische Position
besser verstehen zu können:

ABSICHTEN UND GRUNDSÄTZE
der Anarchist Federation

1. Die Anarchist Federation ist eine Organisation von revolutionären, klassenkämpferischen Anarchisten und Anarchistinnen. Wir streben die Abschaffung aller Hierarchien an, und arbeiten für die Entstehung einer weltweiten klassenlosen Gesellschaft: den anarchistischen Kommunismus.

2. Kapitalismus basiert auf der Ausbeutung der arbeitenden Klasse durch die herrschende Klasse. Ungleichheit und Ausbeutung finden ihren Ausdruck aber auch in Gegebenheiten wie Rasse, Geschlecht, Sexualität, Gesundheit, Fähigkeit und Alter, und mittels dieser unterdrückt der eine Teil der arbeitenden Klasse den anderen. Dies spaltet uns und provoziert einen Mangel an Klassenbewusstsein im Kampf, was wiederum der herrschenden Klasse dient. Unterdrückte Gruppen werden gestärkt durch autonome Aktionen, welche die sozialen und ökonomischen Machtverhältnisse verändern. Um unser Ziel zu erreichen, müssen wir auf die Macht über Andere verzichten, dies sowohl auf persönlicher als auch auf politischer Ebene.

3. Wir glauben, dass das Bekämpfen von Rassismus und Sexismus genauso wichtig ist wie andere Aspekte des Klassenkampfes. Anarchistischer Kommunismus kann nicht erreicht werden, indem Sexismus und Rassismus weiterhin bestehen bleiben. Um effizient in ihrem Kampf gegen die Unterdrückung zu sein, dies sowohl innerhalb der Gesellschaft als auch innerhalb der arbeitenden Klasse, werden sich Frauen, Homosexuellen und „Schwarze" für gewisse Zeiten selbständig organisieren müssen. Dennoch sollte dies als arbeitende Frauen, Homosexuellen und „Schwarze" geschehen, da klassenübergreifende Bewegungen die wirklichen Klassenunterschiede verdecken, und ihnen somit wenig bringen. Vollständige Emanzipation kann ohne die Abschaffung des Kapitalismus nicht erreicht werden.

4. Wir sind gegen die Ideologie von nationalen Befreiungsbewegungen, die angeben, dass es, angesichts der Fremdbestimmung, ein gemeinsames Interesse zwischen einheimischen Bossen und der arbeitenden Klasse gäbe. Wir unterstützen die Kämpfe der arbeitenden Klasse gegen Rassismus, Genozid, Ethnozid und politischen als auch wirtschaftlichen Kolonialismus.

Wir sind gegen die Entstehung einer jeden neuen herrschenden Klasse. Wir verwerfen jegliche Form des Nationalismus, weil dieser nur dazu dient die Trennungen innerhalb der internationalen arbeitenden Klasse neu zu definieren. Die arbeitende Klasse kennt kein Land, und nationale Grenzen müssen abgeschafft werden. Wir trachten danach eine anarchistische Internationale zu bilden, um mit anderen libertären Revolutionären aus der ganzen Welt zusammenzuarbeiten.

5. Nebst der Ausbeutung und Unterdrückung der Mehrheit der Menschen bedroht der Kapitalismus die Welt durch Krieg und durch die Zerstörung der Umwelt.

6. Es ist nicht möglich den Kapitalismus ohne Revolution abzuschaffen, die ihrerseits aus dem Klassenkonflikt entstehen wird. Um den anarchistischen Kommunismus zu erreichen, muss die herrschende Klasse vollkommen gestürzt werden. Da die herrschende Klasse die Macht nicht ohne den Gebrauch von bewaffneten Kräften aufgeben wird, wird diese Revolution eine Zeit der Gewalt als auch der Befreiung sein.

7. Gewerkschaften können durch ihre eigene Natur nicht zu Trägern von revolutionären Veränderungen in der Gesellschaft werden. Um funktionieren zu können, müssen sie vom Kapitalismus akzeptiert werden und können somit bei seinem Umsturz keine Rolle spielen. Gewerkschaften spalten die arbeitende Klasse (in Erwerbstätige und Erwerbslose, in Gewerbe und Zunft, in Facharbeit und unqualifizierte Arbeit, usw.). Sogar syndikalistische Gewerkschaften sind durch die fundamentale Natur der Gewerkschaftspolitik gebunden. Um Verträge mit dem Management eingehen zu können, muss die Gewerkschaft in der Lage sein ihre Mitglieder zu kontrollieren. Ihr Ziel ist es eine fairere Form der Ausbeutung der Arbeitskräfte mittels Verhandlungen zu erreichen. Die Interessen der Führenden und RepräsentantInnen werden immer andere sein als die unsrigen. Die ChefInnen-Klasse ist unsere Feindin, und während wir sie für bessere Konditionen gegen kämpfen müssen, sollten wir uns vergegenwärtigen, dass all das, was wir heute erreichen, uns morgen wieder genommen werden kann. Unser ultimatives Ziel muss die völlige Abschaffung der Lohnsklaverei sein. Die Arbeit in Gewerkschaften kann dies nie erreichen. Dennoch plädieren wir nicht dafür, die die Gewerkschaften zu verlassen, zumindest nicht bis sie durch die revolutionäre Tat überflüssig gemacht worden sind. Die Gewerkschaft ist ein gemeinsamer Ausgangspunkt für viele Arbeitende. Eine große Masse von Menschen kann uns in unserem Kampf für den Anarcho-Kommunismus stärken. Es ist wichtig, dass wir uns kollektiv organisieren und dafür plädieren, dass die Arbeitenden die Kämpfe selbst kontrollieren.

8. Wahre Befreiung kann nur durch revolutionäre Selbstaktivität der arbeitenden Klasse entstehen, und zwar auf Massenebene. Eine anarchistisch-kommunistische Gesellschaft bedeutet nicht nur Kooperation zwischen Gleichgestellten, sondern auch aktive Teilnahme in der Formung und Bildung dieser Gesellschaft während und nach der Revolution. In Zeiten des Aufstandes und des Kampfes werden die Menschen ihre eigenen Gruppen bilden müssen, die durch sie alle selbst kontrolliert werden. Diese autonomen Gruppen werden außerhalb der Kontrolle von politischen Parteien stehen, und in ihnen werden wir viele wichtige Erfahrungen bezüglich Selbstaktivität machen.

9. Als Anarchisten und Anarchistinnen organisieren wir uns, um den revolutionären Prozess voranzutreiben, in allen Bereichen des Lebens. Wir sind der Ansicht, dass eine starke anarchistische Organisation vonnöten ist, um uns behilflich zu sein, dies hier alles zu beenden. Im Gegensatz zu anderen so genannten SozialistInnen oder KommunistInnen wollen wir nicht die Macht und Kontrolle für unsere Organisation. Wir erkennen die Tatsache an, dass die Revolution nur direkt durch die arbeitende Klasse ausgeführt werden kann. Trotzdem müssen der Revolution Gruppen vorausgehen, die fähig sind, die Menschen von der anarchistisch-kommunistischen Alternative und Methode zu überzeugen. Wir nehmen Teil am Kampf als Anarcho-Kommunisten und Anarcho-Kommunistinnen und organisieren uns auf föderaler Basis. Wir verwerfen Sektiererei und arbeiten für eine gemeinsame revolutionäre anarchistische Bewegung. ■

Was ist Faschismus? - Teil 6

Extrem rechte Kontinuitäten und Brüche in Deutschland nach dem Untergang des „Dritten Reiches“

Teil 6.1

Der Umgang mit der Nazi-Bewegung und -Ideologie im besetzten Deutschland sowie in der BRD bis 1990

Aufteilung des Deutschen Reiches in Besatzungszonen und Gründung zweier deutscher Staaten

Bereits vor Ende des Zweiten Weltkrieges fielen grundsätzliche Entscheidungen im Hinblick auf die Neuordnung Deutschlands nach dem Zusammenbruch des „Dritten Reiches“. So beschlossen Franklin D. Roosevelt (1882-1945), Winston Churchill (1874-1965) und Josef Stalin (1878-1953) als die politischen Schlüsselfiguren der drei Hauptalliierten im Rahmen einer Konferenz, die vom 4. bis zum 11. Februar 1945 im auf der Schwarzmeer-Halbinsel Krim gelegenen Seebad Jalta stattfand, die „vollständige Entwaffnung, Entmilitarisierung und Entnazifizierung“ des gemeinsamen Kriegsgegners. Darüber hinaus einigten sie sich auf die Aufteilung des Deutschen Reiches in vier Besatzungszonen, wobei Frankreich eine eigene Zone erhalten sollte. Vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 hielten die „Großen Drei“ im Potsdamer Schloss Cecilienhof eine weitere Konferenz ab, um ihre deutschlandpolitischen Vorstellungen aufeinander abzustimmen. Während Roosevelts Nachfolger Harry S. Truman (1884-1972) die US-Delegation leitete und Stalin an der Spitze der sowjetischen Abordnung stand, wurde Churchill nach einem Wahlsieg der Arbeiterpartei über die Konservative Partei im Laufe der Konferenz von Clement R. Attlee (1883-1967) als britischer Verhandlungsführer abgelöst. Die Potsdamer Konferenz ließ gravierende Interessengegensätze zwischen den USA und Großbritannien auf der einen sowie der UdSSR auf der anderen Seite zutage treten. Die Schwierigkeiten der Hauptalliierten, in einer Reihe von Kernfragen Einigung zu erzielen, waren ein deutlicher Hinweis darauf, dass sich ihre weltanschaulichen und politischen Gemeinsamkeiten mit dem Sieg über das „Dritte Reich“ erschöpft hatten. So brach spätestens in Potsdam eine neue Phase der Weltpolitik an, nämlich die Konfrontation zwischen dem von den USA angeführten Lager der kapitalistisch ausgerichteten parlamentarischen Demokratien und den staatssozialistischen „Volksdemokratien“ sowjetischer Prägung. Unumstritten waren auf der Potsdamer Konferenz die Grundsätze, die bei der Neuordnung Deutschlands Berücksichtigung finden sollten. Hierzu zählten die Leitprinzipien der Demilitarisierung, der Denazifizierung, der Demokratisierung sowie der politischen und wirtschaftlichen Dezentralisierung. Allerdings legten die Besatzungsmächte gerade den Begriff der „Demokratie“ höchst unterschiedlich aus, wie sich bald zeigen sollte. Enormes Konfliktpotenzial barg die Frage der deutsch-polnischen Grenze. Die Sowjetführung war sehr an einer Ausdehnung Polens zu Lasten Deutschlands interessiert, da sie jenen Teil des polnischen Territoriums, den die UdSSR sich auf Basis des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes von 1939 einverleibt hatte, nicht zurückzugeben gedachte. Im Rahmen der Potsdamer Konferenz stellte Stalin seine Verhandlungspartner vor vollendete Tatsachen, indem er sie wissen ließ, die östlich der Oder und der Lausitzer Neiße gelegenen deutschen Gebiete mit Ausnahme eines Areals um das ostpreußische Königsberg, das die Sowjetunion für sich selbst beanspruchte, polnischer Verwaltung überantwortet zu haben. Deutschland büßte hierdurch rund ein Viertel des Territoriums

ein, das es 1937 besessen hatte. Ähnlich kontrovers diskutiert wurde die Thematik der seitens Deutschlands zu entrichtenden Reparationen. Die Sowjetführung verlangte derart umfangreiche Wiedergutmachungsleistungen in Form von Lieferungen aus der laufenden Produktion und zu demontierenden Betrieben, dass laut Einschätzung der US-Regierung eine Selbstversorgung der deutschen Bevölkerung auf unabsehbare Zeit kaum möglich gewesen wäre. Der letztlich gefundene Kompromiss bestand in einer Aufteilung in zwei gesonderte Reparationsgebiete: Der UdSSR und Polen blieb zur Befriedigung ihrer Reparationsansprüche die Sowjetische Besatzungszone (SBZ) vorbehalten. Auf Produkte und Betriebe der westlichen Zonen hingegen besaßen mit Ausnahme eines gewissen Anteils „für die deutsche Friedenswirtschaft unnötig(er)" Industrieanlagen nur die übrigen Siegermächte ein Zugriffsrecht zu Reparationszwecken. Diese Notlösung war ein erster Schritt auf dem Weg zur staatlichen Teilung Deutschlands. Der sich verschärfende Ost-West-Konflikt schlug sich deutlich in miteinander unvereinbaren gesellschaftlichen Weichenstellungen nieder, die in den Besatzungszonen vollzogen wurden. So führte die sowjetische Militärverwaltung beispielsweise eine Bodenreform und umfangreiche Enteignungsmaßnahmen durch. Zur Schaffung eines Gegengewichtes zeigten sich insbesondere die USA und Großbritannien an der Errichtung eines wirtschaftlich stabilen Staatswesens parlamentarisch-demokratischer Prägung auf dem Gebiet der Westzonen interessiert. Eine diesbezügliche Vorform stellte die Bizone dar. Wichtig für den Wiederaufbau Westdeutschlands war zudem seine Einbeziehung in den „Marshall-Plan", ein nach dem US-Außenminister George C. Marshall (1880-1959) benanntes Programm zur wirtschaftlichen Unterstützung des kriegsgeschädigten Westeuropas. Hierzu bedurfte es jedoch einer Währungsreform. Als Frankreich einer solchen in der ersten Jahreshälfte 1948 ebenso zustimmte wie der Abhaltung einer verfassungsgebenden Versammlung waren die wesentlichen Voraussetzungen zur Gründung eines westdeutschen Teilstaates erfüllt. Der sowjetische Versuch, den deutschlandpolitischen Alleingang der Westmächte durch eine Sperrung aller Zufahrtswege nach Berlin zu stoppen, wurde durch die Sicherstellung der Versorgung West-Berlins aus der Luft unterlaufen.1949 entstanden dann zwei Staaten auf deutschem Boden, die Bundesrepublik Deutschland (BRD) im Westen und die Deutsche Demokratische Republik (DDR) im Osten. Während der entsprechende Prozess in Westdeutschland zwar in enger Abstimmung mit den Westmächten erfolgte, aber parlamentarisch-demokratischen Standards genügte, wurde er in der Ostzone in hohem Maße von der sowjetischen Militärverwaltung gelenkt und nur notdürftig demokratisch legitimiert. Sowohl in West- als auch in Ostdeutschland behielten sich die Besatzungsmächte Eingriffe in die staatliche Souveränität vor, wobei die Handlungsspielräume der DDR-Regierung weit geringer waren und blieben.

Formen und Grenzen alliierter Entnazifizierung

Zu den Schlüsselaufgaben der alliierten Deutschlandpolitik zählten die Aufarbeitung der NS-Verbrechen und die Entnazifizierung der deutschen Gesellschaft. Hierbei sahen die Siegermächte sich mit einer enormen Herausforderung konfrontiert, hatten doch zirka 8,5 Millionen Deutsche der NSDAP angehört. Wesentliche Bedeutung besaß aus alliierter Sicht die Bestrafung der als „Hauptkriegsverbrecher" geltenden Repräsentanten des Nazi-Regimes. Die Regierungen der USA, der Sowjetunion, Großbritanniens und Frankreichs einigten sich auf die Bildung eines Internationalen Militärtribunals, vor dem sich die greifbaren Spitzen des „Dritten Reiches" verantworten sollten. Dieser „Hauptkriegsverbrecher-Prozess" fand vom 20. November 1945 bis zum 1. Oktober 1946 unter weltweiter Beachtung im Nürnberger Justizpalast statt. Neben zwei Dutzend hochrangigen Vertretern des NS-Staates, dessen namhaftester der ehemalige „Reichsmarschall" Hermann Göring war, stand auch eine Reihe von Kollektiven vor Gericht, und zwar die Reichsregierung, die NSDAP, die SA, die SS, die Gestapo, der SD sowie der Generalstab und das Oberkommando der Wehrmacht. Die Anklagepunkte umfassten u. a. „Planung, Entfesselung und Durchführung eines Angriffskrieges" und „Verbrechen gegen die Menschlichkeit". Zwölf der angeklagten Einzelpersonen wurden zum Tod durch den Strang verurteilt. Göring entzog sich der Vollstreckung durch die Einnahme von Gift. Die NSDAP, die SS, die Gestapo und der SD wurden seitens des Internationalen Militärgerichtshofes als „verbrecherische Organisationen" eingestuft. Der sich zuspitzende Ost-West-Konflikt verhinderte eine Fortführung der gemeinsamen juristischen Verfolgung des NS-Unrechtes durch die Siegermächte. Stattdessen wurden in allen vier Besatzungszonen sowie Polen, den Niederlanden und diversen weiteren Staaten, die während des Zweiten Weltkrieges deutscher Besatzungsherrschaft unterstanden hatten, gesonderte Verfahren gegen vermeintliche Nazi-TäterInnen abgehalten. Besonders große internationale Aufmerksamkeit zogen die zwölf im Anschluss an den „Hauptkriegsverbrecher-Prozess" bis Mitte 1949 von der US-Militärjustiz ebenfalls in Nürnberg durchgeführ-

ten „Nachfolge-Prozesse“ auf sich. Im Rahmen dieser Verfahren wurden nach und nach die verschiedenen Bereiche des „nationalsozialistischen“ Terrorregimes juristisch untersucht. So mussten sich z. B. im Ärzte-Prozess Mediziner und Verwaltungsfachleute für ihre mutmaßliche Beteiligung an „Euthanasiemorden“ und Menschenexperimenten verantworten, während der Einsatzgruppen-Prozess in den besetzten Gebieten Osteuropas von SS-Angehörigen verübte Massenmorde behandelte. Von den insgesamt 185 Angeklagten der „Nachfolge-Prozesse“, unter denen sich darüber hinaus Reichsminister und hohe Regierungsbeamte, Industrielle und Bankiers sowie Generäle der Wehrmacht befanden, erhielten 24 die Todesstrafe, die letztlich jedoch nur in der Hälfte der Fälle vollstreckt wurde. Unterhalb der abgeurteilten Führungsebene des Nazi-Regimes gestalteten sich die von den Siegermächten unternommenen Entnazifizierungsbemühungen in den Besatzungszonen sehr unterschiedlich. Ursächlich hierfür waren in erster Linie die miteinander unvereinbaren ideologischen Vorgaben, unter denen die gesellschaftliche Neuausrichtung seitens der alliierten Regierungen initiiert wurde. Den schärfsten Entnazifizierungskurs verfolgten die sowjetischen Machthaber, die im Sinne der von ihnen angestrebten sozialistischen Umwälzung alle ehemaligen NSDAP-Mitglieder aus einflussreichen Positionen entfernt wissen wollten. Bis zum Frühjahr 1948 wurden mehr als 520.000 für politisch vorbelastet befundene Personen von ihren Posten entbunden bzw. nicht wieder eingestellt und in der Regel durch weltanschaulich gefestigte KommunistInnen ersetzt. Hierbei tauschte die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) z. B. nahezu das komplette Justizpersonal und mehr als die Hälfte der Lehrerschaft aus. Gute Chancen, von der „Säuberungswelle“ verschont zu bleiben, besaßen hingegen technische ExpertInnen, naturwissenschaftliche Koryphäen und andere SpezialistInnen, die im Hinblick auf den Wiederaufbau als unverzichtbar galten. Auf Grund angeblicher Vergehen während des „Dritten Reiches“ wurden zehntausende BewohnerInnen der SBZ in Internierungslager gesperrt, bei denen es sich in einigen Fällen um umfunktionierte NS-Konzentrationslager handelte. Der sowjetische Geheimdienst unterhielt in Ostdeutschland zehn solcher „Speziallager“. Auch in den Westzonen existierten Internierungslager, doch waren die Verhältnisse in ihren ostdeutschen Pendants in sehr viel höherem Maße von Willkür und Inhumanität gekennzeichnet. So nutzte die SMAD die Entnazifizierung auch als Vorwand zur Gefangennahme von Personen, denen eine antisowjetische Grundhaltung unterstellt wurde. Annähernd 43.000 Internierte überlebten die unmenschlichen Zustände in den erst 1950 aufgelösten „Speziallagern“ nicht. Im von US-Truppen besetzten Teil Deutschlands kam zunächst ein strenges, umfassendes Entnazifizierungsverfahren zum Einsatz: Jede(r) innerhalb des entsprechenden Gebietes lebender erwachsene(r) Deutsche(r) hatte im Rahmen eines sechsseitigen Fragebogens detailliert Auskunft über etwaige Mitgliedschaften in „nationalsozialistischen“ Organisationen zu geben. Auf Grundlage dieser Angaben erfolgte eine Eingruppierung der insgesamt zirka 13 Millionen Befragten in die Kategorien „Hauptschuldige“, „Belastete“, „Minderbelastete“, „Mitläufer“ und „Entlastete“. Mittels des im März 1946 erlassenen „Gesetzes zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus“ wurde deutschen Laiengerichten, so genannten Spruchkammern, die Befugnis verliehen, unter Aufsicht der US-Militärverwaltung die Fälle mutmaßlich in NS-Unrecht verstrickter Personen zu verhandeln. Der Katalog möglicher Sühnemaßnahmen reichte von Geldstrafen über Berufsausübungsverbote bis hin zur Einweisung in ein Arbeitslager. Mit zunehmender Verschärfung des Ost-West-Konfliktes büßte allerdings für die USA die juristische Aufarbeitung des „Dritten Reiches“ zu Gunsten der Bemühungen um eine Einbindung Westdeutschlands in das sich formierende antikommunistische Staatenbündnis an Bedeutung ein. Etliche OrganisatorInnen und TäterInnen des NS-Terrors wurden daher nicht angemessen bestraft und konnten die Weichen für eine Nachkriegskarriere stellen. Die britische Haltung in der Entnazifizierungsfrage war von Anfang an vergleichsweise moderat. So zielten die entsprechenden Anstrengungen in erster Linie darauf ab, hochrangige Verantwortliche des NS-Staates aus gesellschaftlichen Spitzenpositionen zu verdrängen. Ansonsten wurde einem zügigen Aufbau in den Bereichen Verwaltung und Wirtschaft Priorität gegenüber einer politischen Durchleuchtung der Bevölkerung eingeräumt. Auch in der französischen Besatzungszone war der Umgang mit ehemaligen Angehörigen der NS-Bewegung, so sie denn nicht erwiesenermaßen besonders schwere Schuld auf sich geladen oder eine herausragende Stellung im „Dritten Reich“ bekleidet hatten, eher zukunftsorientiert und von Nachsicht geprägt. Nach dem 1. Januar 1919 geborene Personen galten z. B. generell als entlastet. Diese relativ milde Form der Entnazifizierung lag wohl nicht zuletzt in einer gewissen Scheu begründet, allzu intensiv das Vichy-Regime und die anderen französischen Kreise, welche sich während des Zweiten Weltkrieges auf eine Zusammenarbeit mit dem deutschen Besatzungssystem eingelassen hatten, zu thematisieren.

Verdrängung, Aufarbeitung und Überdauern der braunen Vergangenheit in der „alten“ Bundesrepublik

Phasen staatlicher und gesellschaftlicher Auseinandersetzung mit der NS-Zeit

Die Gründungsphase der BRD war von einem Hang zur Verdrängung der NS-Verbrechen sowie der ihnen zu Grunde liegenden gesellschaftlichen Strukturen geprägt. Die Einbindung wegen ihrer Fachkenntnisse geschätzter ehemaliger Verwaltungs- und WirtschaftsexpertInnen des „Dritten Reiches“ in die westdeutschen Aufbaubemühungen genoss Vorrang vor einer rückhaltlosen Auseinandersetzung mit der Nazi-Zeit. So scheute Regierungschef Konrad Adenauer (1876-1967) etwa nicht vor der Ernennung des Juristen Hans Globke (1898-1973), der Mitte der 1930er Jahre zusammen mit dem SS-Obergruppenführer Wilhelm Stuckart (1902-1953) den ersten Kommentar zu den berüchtigten Nürnberger Gesetzen verfasst hatte, zum Staatssekretär im Bundeskanzleramt zurück. Andererseits bekannte sich die Bundesregierung zumindest teilweise durchaus zu ihrer Verantwortung für die im Namen Deutschlands während der NS-Herrschaft verübten Untaten. Den deutlichsten Beleg hierfür stellte das am 10. September 1952 von Adenauer und dem israelischen Außenminister Moshe Scharett (1894-1965) unterzeichnete Luxemburger Abkommen dar. Hierin verpflichtete sich die BRD gegenüber dem 1948 errichteten jüdisch geprägten Staat Israel sowie der Jewish Claims Conference (JCC), einer die Interessen von Shoah-Überlebenden und deren Nachkommen vertretenden Organisation mit Sitz in New York, als materielle Wiedergutmachung für das dem europäischen Judentum zugefügte Leid und Unrecht zu Zahlungen, Warenlieferungen und Dienstleistungen im Gesamtwert von annähernd 3,5 Milliarden Deutschen Mark (DM). Das von diesen Entschädigungsleistungen ausgehende moralische Signal relativierte sich aber insofern, als die Unterzeichnung des Luxemburger Abkommens erst auf starken Druck der Westmächte zu Stande kam und in der BRD alles andere als unumstritten war. Zudem gingen die KommunistInnen, sonstigen Linksradikalen, Sinti und Roma sowie Homosexuellen unter den ehemaligen Verfolgten des Nazi-Regimes leer aus. Widerstand gegen den NS-Staat erfuhr in der jungen Bundesrepublik gewöhnlich nur dann eine angemessene Würdigung, wenn er sich auf Personen oder Gruppen mit einem bürgerlichen, christlichen, militärischen oder sozialdemokratischen Hintergrund zurückführen ließ. Während etwa die VerschwörerInnen des 20. Juli 1944 im Rahmen der entsprechenden Gedenkkultur einen Ehrenplatz einnahmen, blieben kommunistische und anarchosyndikalistische Widerstandsformen vollkommen ausgeklammert. Die juristische Aufarbeitung des „Dritten Reiches“ geriet innerhalb Westdeutschlands nach Gründung der BRD gar gänzlich ins Stocken. Eine diesbezügliche Wende leitete ein am 28. April 1958 in Ulm gegen Angehörige des „Einsatzkommandos Tilsit“, das 1941 in Litauen Massenerschießungen durchgeführt hatte, eröffneter Prozess ein. Das Verfahren mündete nicht nur in Haftstrafen für die zehn Angeklagten, sondern sensibilisierte die Öffentlichkeit auch für die gravierenden Versäumnisse der bundesdeutschen Justiz im Umgang mit der braunen Vergangenheit. Um Abhilfe zu schaffen, wurde im Herbst 1958 in Ludwigsburg die „Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen“ eingerichtet. Allein im Jahr 1959 brachte die „Zentrale Stelle“ 400 Vorermittlungsverfahren auf den Weg. Nichtsdestotrotz forderte die sich während der 1960er Jahre unter der Bezeichnungn „Außerparlamentarische Opposition“ (APO) vorrangig im linksstudentischen Milieu formierende Protestbewegung einen radikaleren Bruch mit dem Nazi-Staat. Die Notwendigkeit hierfür wurde von den Angehörigen der APO mit der ihrer Ansicht nach unverändert gegebenen personellen und ideologischen Kontinuität zum „Dritten Reich“ begründet, welche sie nicht zuletzt in der Person des 1966 an die Spitze der Bundesregierung rückenden Ex-NSDAP-Mitglieds Kurt Georg Kiesinger (1904-1988) verkörpert sahen. Eine erhebliche Intensivierung erfuhr die Auseinandersetzung mit dem braunen Erbe in Westdeutschland im Laufe der 1970er und 1980er Jahre. Wesentliche Bedeutung kam in diesem Zusammenhang der ein Millionenpublikum erschütternden Ausstrahlung der US-TV-Serie „Holocaust“ im Jahr 1979 durch fünf Dritte Programme zu. Etwa zu derselben Zeit begannen sich in vielen bundesdeutschen Städten und Gemeinden so genannte Geschichtswerkstätten zu bilden, die das jeweilige lokale Geschehen während des „Dritten Reiches“ beleuchteten. Ebenfalls den „Nationalsozialismus“ zum Thema hatte eine als „Historikerstreit“ bekannt gewordene Kontroverse zum Gegenstand, die 1986 entbrannte. Als Wortführer fungierten im Rahmen der Debatte der konservative Faschismusforscher Ernst Nolte (geboren 1923) und der Sozialphilosoph Jürgen Habermas (geboren 1929). Nolte löste die Debatte aus, indem er die NS-Massenvernichtung öffentlich als Reaktion auf in der Sowjetunion verübte Verbrechen interpretierte. Habermas griff Nolte daraufhin scharf an, dem er vorwarf, die Shoah durch Leugnung ihrer historischen Einzigartigkeit zu verharmlosen.

Erscheinungsformen der extremen Rechten

Parteien

SRP

Schon recht bald nach dem Ende des „Dritten Reiches“ wurden in Westdeutschland Bemühungen unternommen, sich auf parteipolitischer Basis für die Errichtung eines am NS-Staat orientierten Gesellschaftssystems zu engagieren. Eine dieser Initiativen ging vom ehemaligen Wehrmachtsgeneral Otto Ernst Remer (1912-1997) und anderen Angehörigen einer Nazi-Zelle der nationalistischen „Deutschen Rechtspartei“ (DRP) aus. Ihre Haltung erwies sich allerdings als innerhalb der DRP nicht mehrheitsfähig, woraufhin sie im Oktober 1949 die „Sozialistische Reichspartei“ (SRP) gründeten. Letztere verweigerte beiden deutschen Staaten die Anerkennung und forderte die Wiederherstellung des Deutschen Reiches einschließlich der eingebüßten Ostgebiete. Ihre Programmatik zeichnete sich durch deutliche Parallelen zu jener der NSDAP aus, was sich z. B. in einem ausgeprägten Antisemitismus niederschlug. Als eine Art Parteimiliz fungierte der Ordnerdienst „Reichsfront“. Zirka 10.000 Personen traten der extrem rechten Partei bei. Breiteren Rückhalt genoss die SRP insbesondere im norddeutschen Raum. So erreichte sie im Mai 1951 bei den Wahlen zum niedersächsischen Landtag einen Stimmenanteil von 11 Prozent. Im Herbst 1952 verbot jedoch das Bundesverfassungsgericht die SRP unter Verweis auf ihre enge personelle und weltanschauliche Verquickung mit der NSDAP. Viele ihre Mitglieder begannen sich nach dem Urteilsspruch in Nachfolge- bzw. Tarnorganisationen zu betätigen. Es sollte aber ein knappes Jahrzehnt vergehen, bis eine an die Tradition der Nazi-Bewegung anknüpfende Partei in der BRD bei Wahlen wieder ähnlich erfolgreich abschnitt wie die SRP.

NPD

Mitte 1952 trat die westdeutsche Wirtschaft in eine knapp zehn Jahre andauernde Phase der Hochkonjunktur ein. Erst während der kurzen Kanzlerschaft des Christdemokraten Ludwig Erhard (1897-1977), der 1963 seinen Parteifreund Adenauer als Regierungschef abgelöst hatte, kam es zu einer Eintrübung der ökonomischen Entwicklung. Die Ursache war ein Rückgang der Auftragslage, der u. a. den Bau-, Maschinen- und Textilsektor empfindlich traf. Anstatt durch eine Erhöhung der staatlichen Investitionen für neue Konjunkturimpulse zu sorgen, beschloss die Bundesregierung Ende Oktober 1965 zum Ausgleich für schwindende Steuererträge ein drastisches Sparprogramm, was die Konjunkturschwäche zusätzlich verschärfte. Die alarmierendsten Krisensymptome bestanden in einem Anstieg der Arbeitslosenzahlen und sinkenden Wachstumsraten. Im Vergleich zu späteren Rezessionsperioden stellte sich die wirtschaftliche Situation der BRD allerdings noch im Jahr 1966, dem letzten der Kanzlerschaft Erhards, keineswegs dramatisch dar: Obwohl in der Zeit des Aufschwungs als Arbeitskräftereserve annähernd 1,4 Millionen „GastarbeiterInnen“ aus Italien, Spanien, Griechenland, der Türkei, Portugal und Jugoslawien angeworben worden waren, lag die Arbeitslosenquote lediglich bei 0,7 Prozent. Der Anstieg des Bruttosozialproduktes der Bundesrepublik, also der Geldwert aller im Rahmen der westdeutschen Volkswirtschaft erzeugten Güter und erbrachten Dienstleistungen, wies zwar eine stark fallende Tendenz auf, betrug aber immerhin noch knapp 2,8 Prozent. In der öffentlichen Wahrnehmung weckte der Konjunktureinbruch jedoch Erinnerungen an die sehr viel existenziellere Wirtschaftskrise der späten 1920er bzw. frühen 1930er Jahre. Die Verschlechterung der ökonomischen Lagebereitete einem zeitweiligen Erstarken der extremen Rechten in Gestalt der 1964 gegründeten „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) den Weg, zu deren Gunsten sich die 1950 als Nachfolgeprojekt der „Deutschen Rechtspartei“ aus der Taufe gehobene „Deutsche Reichspartei“ (DRP) auflöste. Die faschistischen Wurzeln der NPD kamen schon allein darin zum Ausdruck, dass ein knappes Drittel ihrer bis zu 30.000 Mitglieder und sogar 76 Prozent aller Spitzenfunktionäre einst der NSDAP angehört hatten. Mit entsprechendem Nachdruck trat die Partei für die Einstellung der Verfolgung von Nazi-Verbrechen ein. Vor dem Hintergrund der Rezession sowie der an Schärfe zunehmenden studentischen Proteste gelang es der NPD, sich mit nationalistischen Losungen und Rufen nach Sicherheit und Ordnung derart zu profilieren, dass sie von 1966 bis 1968 bei Landtagswahlen in Hessen, Bayern und Baden-Württemberg Ergebnisse zwischen 7,4 und 9,8 Prozent einfuhr. Ihre Erfolgsserie endete bei der Bundestagswahl 1969, als die NPD mit einem Resultat von 4,3 Prozent den Einzug in den Bundestag verpasste. Interne Richtungskämpfe und finanzielle Engpässe folgten, die für einen Jahrzehnte währenden Absturz in die politische Bedeutungslosigkeit sorgten.

Bundesarchiv, Bild 183-1990-1007-012
Foto: Hirschberger, Ralph | Oktober 1990

DVU

Als organisatorische Alternative für enttäuschte NPD-Mitglieder wurde Anfang 1971 in München ein Verein namens „Deutsche Volksunion“ (DVU) gegründet. Den Vorsitz übernahm Gerhard Frey (geboren 1933). Der Spross einer vermögenden Kaufmannsfamilie und promovierte Rechts- und Staatswissenschaftler war zu diesem Zeitpunkt im Begriff, den bedeutendsten extrem rechten Medienkonzern der BRD aufzubauen. Blätter wie die

wöchentlich erscheinende „Deutsche National-Zeitung“ sowie kriegsverherrlichende, geschichtsverfälschende Bücher, Tonträger und Devotionalien schürten nicht nur fremdenfeindliche und antisemitische Ressentiments, relativierten die Qualität der Nazi-Verbrechen und hetzten gegen den von der sozial-liberalen Bundesregierung eingeleiteten ostpolitischen Entspannungskurs, sondern bescherten Frey auch stattliche Profite. Die von ihm finanziell abhängige DVU hatte sich seiner autoritären Führung strikt unterzuordnen, wobei das Verhältnis zur NPD zwischen Konkurrenz und Kooperation wechselte. In einer Phase der Zusammenarbeit wurde im März 1987 eine mit dem erst 1991 gestrichenen Zusatz „Liste D“ versehene Parteivariante der DVU, an deren Spitze ebenfalls Frey trat, aus der Taufe gehoben. Ein knappes halbes Jahr später errang diese in einem Wahlbündnis mit der NPD bei den Wahlen zur Bremischen Bürgerschaft einen Sitz. Bei den im Juni 1989 abgehaltenen Europawahlen kam die DVU trotz einer kostenintensiven Kampagne lediglich auf 1,6 Prozent. Die parteipolitischen Ambitionen Freys waren hiermit aber keineswegs schon wieder beendet, wie sich recht bald darauf zeigen sollte.

REP

Ein in den frühen 1980er Jahren durch den bayerischen Ministerpräsidenten und Vorsitzenden der konservativen „Christlich-Sozialen Union“ (CSU) der DDR-Führung vermittelter Milliardenkredit war Anlass der Entstehung einer weiteren Partei extrem rechter Ausrichtung. Etliche CSU-Mitglieder werteten die Finanzspritze als Verrat an ihren antikommunis-

tischen Grundsätzen. Einige von ihnen, darunter die Bundestagsabgeordneten Franz Handlos und Ekkehard Voigt (beide geboren 1939) sowie der ehemalige Angehörige der Waffen-SS und Journalist Franz Schönhuber (1923-2005), gründeten im Herbst 1983 „Die Republikaner" (REP). An die Spitze der REP trat zunächst Handlos, unter dessen Vorsitz die programmatische Abgrenzung gegenüber der CSU relativ gemäßigt ausfiel. Ein deutlicher Rechtsruck vollzog sich auf Betreiben Schönhubers, der Handlos 1985 als Parteichef ablöste. Die REP legten weiterhin Wert darauf, als nicht der extremen Rechten zugehörig wahrgenommen zu werden, rekrutierten aber dennoch Personen mit entsprechender Vorgeschichte, verharmlosten die NS-Zeit und vertraten nationalistische sowie rassistische Positionen. Ein erster Achtungserfolg gelang ihnen 1986 bei den bayerischen Landtagswahlen mit einem Resultat von 3 Prozent. Den Durchbruch schien das Jahr 1989 zu bringen. So erzielten sie Ende Januar bei der Abstimmung zum Berliner Abgeordnetenhaus trotz oder gerade wegen eines von massiver Fremdenfeindlichkeit geprägten Wahlkampfes, der durch einen Bilder türkischstämmiger MigrantInnen zur Filmmusik von „Spiel mir das Lied vom Tod" zeigenden TV-Spot mediale Aufmerksamkeit erregte, ein Ergebnis von 7,5 Prozent. Ähnlich erfolgreich schnitten die REP mit 7,1 Prozent bei der ein knappes halbes Jahr später abgehaltenen Europawahl ab. Gemeinsam mit fünf MitstreiterInnen zog Schönhuber ins Europaparlament ein, wo die REP mit dem französischen „Front National" (FN) und dem belgischen „Vlaams Blok" (VB) die sich allerdings als wenig stabil erweisende „Technische Fraktion der Europäischen Rechten" bildeten.

„Neue Rechte"

Die Bildung der „Neuen Rechten" erfolgte Ende der 1960er Jahre. Wesentliche Bedeutung kam in diesem Zusammenhang dem verpassten Einzug der NPD in den Bundestag 1969 zu, der insbesondere jüngere NationalistInnen verstärkt Ausschau nach außerparlamentarischen Möglichkeiten der Erlangung gesellschaftlichen Einflusses halten ließ. Hierbei sahen sie sich mit der Herausforderung konfrontiert, propagandistisch aus dem Schatten des „Nationalsozialismus" zu treten und sich gleichzeitig gegenüber den dynamischen Politikformen der APO bzw. der an die linksstudentische Protestkultur anknüpfenden Neuen Sozialen Bewegungen zu behaupten. Orientierungshilfe leisteten ihnen französische Rechtsintellektuelle um den Philosophen Alain de Benoist (geboren 1943), die als Antwort auf die Pariser Maiunruhen 1968 eine „Neue Rechte"(„Nouvelle Droite") ausriefen. Als ideologische Stichwortgeber dienten den Vordenkern der „Nouvelle Droite" primär antidemokratische Konservative der Weimarer Republik, die wie Arthur Moeller van den Bruck (1876-1925), Edgar Julius Jung (1894-1934) und Carl Schmitt (1888-1985) als geistige Wegbereiter des „Dritten Reiches" fungiert hatten, Theoretiker des italienischen Faschismus vom Schlage eines Julius Evola (1898-1974) sowie menschliche Sozialbeziehungen biologistisch interpretierende Verhaltensforscher wie Konrad Lorenz (1903-1989) und Irenäus Eibl-Eibesfeldt (geboren 1928). In machttechnischer Hinsicht flossen Vorstellungen eines Vertreters der politischen Gegnerschaft in die „neurechte" Lehre ein. So wurde das vom marxistischen Philosophen Antonio Gramsci (1891-1937) in Anbetracht der Unterdrückung der italienischen Linken durch das Mussolini-Regime entwickelte Konzept, mittels einer schleichenden Bestimmung gesellschaftlicher Diskurse einen Zustand „kultureller Hegemonie" zu erreichen und auf diese Weise einen Umsturz der Herrschaftsverhältnisse vorzubereiten, auf die eigene Situation übertragen. Die hierbei transportierten Inhalte waren und sind antiaufklärerischer Natur, also z. B. darauf ausgerichtet, jegliche Form von Individualismus und Universalismus zu diskreditieren. Die taktische Bedingtheit der „neurechten" Abgrenzung von der „Alten Rechten" verdeutlicht u. a. die Einführung des Ausdrucks „Ethnopluralismus". Letzterer dient nämlich als Leitbegriff eines propagandistischen Kampfes für ethnisch homogene Nationalstaaten, der sich als Eintreten zum Wohle der Vielfalt „kultureller Identitäten" tarnt, trotz Vermeidung offen rassistischer Argumente aber ein System globaler Apartheid anstrebt. Nachdem sich in der BRD zunächst vorrangig „nationalrevolutionäre" Kräfte bemüht hatten, solches Gedankengut im Zuge der Unterwanderung der Neuen Sozialen Bewegungen zu verbreiten, ging die Meinungsführerschaft innerhalb des „neurechten" Lagers zunehmend auf sich elitär gebärdende, eine Brückenfunktion zwischen Konservatismus und extremer Rechter ausübende Zeitschriften und „Denkfabriken" wie die „Junge Freiheit" (JF) und das „Institut für Staatspolitik" (IfS) über.

Militanter Neonazismus

In zeitlicher Nähe zur Formierung der „Neuen Rechten" wurden von NachwuchsaktivistInnen der extremen Rechten, die sich in der Tradition brauner Kampfbünde wie der SA sahen, gewaltbereite Neonazi-Gruppen aus der Taufe gehoben. Zu einer Leitfigur dieser militant rassistischen, die Shoah leugnenden und Adolf Hitler verehrenden Szene schwang

sich Michael Kühnen (1955-1991) auf. Der aus der Bundeswehr entlassene Ex-Leutnant wurde von zirka 300 überwiegend jugendlichen, in Kameradschaften organisierten Mitgliedern der im Herbst 1977 gegründeten „Aktionsfront Nationaler Sozialisten“ (ANS) als Führerfigur akzeptiert. Das Verbot der inzwischen mit den ähnlich ausgerichteten „Nationalen Aktivisten“ zur ANS/NA verschmolzenen Gruppierung umgingen die Neonazis um Kühnen mittels Bildung einer Nachfolgeorganisation, der „Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front“ (GdNF). Letztere berief sich auf das 25-Punkte-Programm der NSDAP, dessen Propagierung sie im Zuge provokativer Kundgebungen und Kampagnen betrieb. Eine nach Bekanntwerden der Homosexualität Kühnens entbrennende Kontroverse spaltete 1986 die GdNF. Die beiden konkurrierenden Flügel traten weiterhin für einen faschistischen Umsturz ein, wobei bevorzugt im Rahmen so genannter Wehrsportgruppen absolvierte paramilitärische Trainings eine zentrale Rolle spielten. Die berüchtigtste und mit etwa 440 Angehörigen mitgliederstärkste dieser militanten Neonazi-Zusammenschlüsse, die nach ihrem Gründer Karl-Heinz Hoffmann (geboren 1937) benannte „Wehrsportgruppe Hoffmann“ (WSG), war schon Anfang 1980 verboten worden. Knapp acht Monate später hatte Gundolf Köhler (1959-1980), ein dem Umfeld der WSG zuzurechnender Student, ein inklusive seiner Person dreizehn Todesopfer forderndes Bombenattentat auf das Münchner Oktoberfest verübt.

Rechte Skinheads

Ende der 1970er Jahre begann in Westdeutschland eine in Großbritannien entstandene Jugendkultur Fuß zu fassen: die Skinhead-Bewegung. Äußerlich waren ihre Mitglieder u. a. an kurzgeschorenen Haaren und Kleidungsstücken wie Bomberjacken, Arbeitsstiefeln, Hosenträgern sowie Polohemden und Blue Jeans bestimmter Marken zu erkennen. In politischer Hinsicht durchlief die Skinhead-Szene einen Prozess ausgeprägter Ausdifferenzierung. So legten viele Skinheads Wert auf eine strikt unpolitische Haltung, während sich eine wachsende Anzahl von ihnen dem neonazistischen Milieu zuwandte und sich wieder andere innerhalb antirassistischer und linksradikaler Zusammenhänge engagierten. Laut Einschätzung von „Sicherheitsbehörden“ lag in der BRD der Anteil von Neonazis an der gesamten Skinhead-Szene in den 1980er Jahren bei nicht mehr als 10 Prozent. Ihre hohe Gewaltbereitschaft gegenüber MigrantInnen, Angehörigen sozialer Randgruppen und politischen GegnerInnen dominierte allerdings spätestens seit 1985, als in Hamburg binnen weniger Monate zwei türkischstämmige Männer von rassistischen Skinheads ermordet wurden, das öffentliche Bild dieser Jugendbewegung.

|| fpf

Quellen:

Braun, Stephan / Geisler, Alexander / Gerster, Martin, Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten, Wiesbaden 2009.

Cremet, Jean / Krebs, Felix / Speit, Andreas, Jenseits des Nationalismus. Ideologische Grenzgänger der „Neuen Rechten“ – Ein Zwischenbericht, Hamburg / Münster 1999.

Görtemaker, Manfred, Kleine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, München 2002.

Mecklenburg, Jens (Hg.), Handbuch Deutscher Rechtsextremismus, Berlin 1996.

Steininger, Rolf, Deutsche Geschichte 1945-1961. Darstellung und Dokumente in zwei Bänden, Frankfurt am Main 1983.

Thränhardt, Dietrich, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt am Main 1996.

Otxandio (Baskenland): Akanpada Libertarioa (Libertäres Camp)
Wann: 01.09.-04.09.2011 | **Wo:** Zwischen Olaeta und Otxandio, Baskenland
Das erste Libertäre Camp im Baskenland bietet ein viertägiges Programm mit Essen, politischen Veranstaltungen, Filmen und Workshops sowie Clowns.
Mehr Infos: *http://ehlibertarioak.wordpress.com/* (Baskisch und Spanisch)
Kontakt: *ehlibertarioak@gmail.com*

Berlin: Mietenstopp Demonstration
Wann: 03.09.2011, 14 Uhr | **Wo:** Hermannplatz
Jetzt reichts! – Gegen Mieterhöhung, Verdrängung und Armut. Die Mieten steigen rasant in Berlin. Für viele Mieterinnen und Mieter sind sie bereits zu hoch. In der ganzen Stadt werden Menschen mit geringem Einkommen aus ihren Wohnungen und ihrer Nachbarschaft verdrängt. Migrantinnen und Migranten trifft es zuerst, aber auch die Rentnerin von nebenan genauso wie den Hartz-IV-Empfänger oder die Alleinerziehenden. Es betrifft uns alle, egal woher wir kommen! Wir tragen unsere Wut auf die Straße! Bringt eure Nachbarinnen und Nachbarn und kurze Beiträge aus euren Stadtteilen mit. Für Menschen, die nicht gut laufen können, sind Wagen zum Sitzen geplant.
Zum Austausch wird es ein offenes Mikrophon geben.
Mehr Infos: *http://mietenstopp.blogsport.de/demo/*
Kontakt: *mietenstopp@gmx.de*

Burg Lutter: 2. Rebellisches Zusammentreffen
Wann: 09.09.-11.09.2011 | **Wo:** Burg Lutter
Für eine andere Welt, in der ein Leben in Würde für alle möglich ist!
Das Ya-Basta-Netz ist ein Netz von Menschen, inspiriert von der Rebellion der Zapatistas in Mexiko. Uns eint die Wut über die ungerechten Verhältnisse, die Entschlossenheit, diese aufzulösen und die Hoffnung auf ein besseres Leben. Für alle! Wir unterstützen uns gegenseitig in unseren jeweiligen Kämpfen und fühlen uns den aufständischen Menschen in Mexiko und anderen emanzipatorischen Bewegungen weltweit solidarisch verbunden.
Mehr Infos: *http://rebellisches.noblogs.org/*
Kontakt: *rebellisches@riseup.net*

Berlin: Woche der Widerspenstigen
Wann: 09.-18.09. | **Wo:** Berlin (verschiedene Orte)
Dieses Jahr jährt sich die Hochzeit der Hausbesetzer_innen- und Kollektivbewegung zum 3Oten Mal. Wir, ehemalige Besetzer_innen und Kollektivist_innen aus den 80ern und Aktivist_innen von heute, wollen mit „Alten“ und „Jungen“ zusammen die damaligen Erfahrungen kritisch beleuchten und den Austausch anregen; eine Brücke zwischen „damals“ und „heute“ schlagen. Wir wollen uns kennen lernen, austauschen, zusammen tabulos streiten, besser vernetzen, lachen, staunen, in Frage stellen, tanzen und gemeinsam vorwärts gehen. Wir wollen aktuell existierende Ansätze und Initiativen einem größeren Kreis bekannt machen und alle potentiell Aufsässigen zum Mitmachen aufrufen.
Mehr Infos: *ssl-id.de/geschichte-wird-gemacht.net/blog/*

Dresden: Libertäre Tage Dresden 2011
Wann: 17.-24.09. | **Wo:** Dresden (verschiedene Orte)
Eine volle Woche lang organisierte das Libertäre Netzwerk Dresden Vorträge, Workshops, Diskussionen, Demos, Straßenfeste rund um das Thema Anarchismus.
Mehr Infos: *utopienentdecken.blogsport.de/*

St. Pölten (Österreich): Queer-Feministische-Vernetzungswoche
Wann: 19.-25.9.2011 | **Wo:** LAMES Gelände (*http://blog.lames.at/*) St. Pölten
Falls du keine Lust hast dich an der Organisation zu beteiligen, dir aber vorstellen könntest einen Workshop, einen Vortrag, eine Performance, eine Diskussion oder einen Film(abend) zum Thema Queer oder Feminismus zu machen, freuen wir uns sehr über eine E-Mail von dir, mit einer kurzen Beschreibung von dir/euch und dem was du geplant hast.
Mehr Infos: *queerfem2011.blogsport.eu*
Kontakt: *vernetz2@kukuma.info*

Berlin: Der Papst in Berlin? What the Fuck!
Wann: 22.-23.9.2011 | Wo: (siehe Webseite)
Gegen Antisemitismus, Sexismus, Homophobie und den ganzen anderen Scheiß – Für die befreite Gesellschaft und die Emanzipation der Individuen aus all ihren Zwängen!!!
Mehr Infos: whatthefuck.blogsport.de

Freiburg: Demo gegen den Papstbesuch
Wann: 23.09.2011 um 18.00 Uhr | Wo: Siegesdenkmal (Kaiser-Joseph-Straße 168),Freiburg
Antisemitismus – Patriarchat – Kapitalismus – WHAT THE FUCK?! Für die befreite Gesellschaft!
Mehr Infos: *wtffr.blogsport.eu*
Kontakt: *wtffr@riseup.net*

Ludwigsburg: Rock gegen Rechts – Demo und Open Air
Wann: 24.09.2011 | **Wo:** Bahnhof Ludwigsburg / Scala Biergarten
Streetparade / Demo mit anschliesendem Konzert gegen die Naziumtriebe im Landkreis Ludwigsburg
Mehr Infos: rgrludwigsburg.wordpress.com
Kontakt: rgrlb2011@gmx.de

Karlsruhe: Anti-Cap-Fußballtunier
Wann: 24.09.2011, 11 Uhr | **Wo:** Karlsruhe – Durlach
Anti-Cap Fußballtunier auf dem Rasenbolzplatz Untermühlsiedlung in Karlsruhe – Durlach, Beginn 11 Uhr, anschließend Party, Getränke sind gegen Spende erhältlich, bitte meldet euch frühzeitig an, da das die Planung enorm erleichtert und falls Pennplätze benötigt werden bitte rechtzeitig anfragen. Bei Fragen einfach melden unter: *anticup@gmx.de*
Kontakt: anticup@gmx.de

Saarlouis: Demo zum 20. Todestag von Samuel Yeboah
Wann: 24.09.2011, 14 Uhr | **Wo:** Französische Straße (Pavillion)
Am 19. September 1991 fiel Samuel Kofi Yeboah in Saarlouis einem rassistischen Brandanschlag zum Opfer. Er gilt als eines der ersten Opfer rassistischer Gewalt in Westdeutschland nach der Wiedervereinigung. Anlässlich seines nahenden 20. Todestags wollen wir mit einer Aktionsreihe an Samuel Yeboah, dessen Mörder_innen nie gefasst wurden, würdig erinnern und **den rassistischen** Alltag in der Bundesrepublik und Europa thematisieren.
Mehr Infos *antinationale.org/?p=1967*

Zrenjanin: Zrenjanin Anti-fascist Festival (ZAF) und Anarchist Bookfair
Wann: 30.9 – 01.10.2011 | **Wo:** Zrenjanin, Serbien
Bald findet in der serbischen Stadt Zrenjanin bereits zum vierten Mal das legendäre Anti-fascist Festival (ZAF) statt, und zwar am 30.9. und am 1.10.2011.
Zrenjanin ist eine malerische Stadt am Begakanal im nördlichen Teil der Vojvodina, in der Nähe von Novi Sad, eine Stadt mit starken antifaschistischen und sozialrevolutionären Traditionen.
Das Libertäre Bündnis Ludwigsburg hält dort einen Vortrag über den Zustand der anarchistischen und linksradikalen Bewegung in Deutschland.
Mehr Infos: linksunten.indymedia.org/de/node/44041

Forum deutschsprachiger AnarchistInnen (FdA-IFA)

Wer Wir Sind & Was Wir Wollen

1

Unser Ziel ist eine herrschaftsfreie Gesellschaft ohne Grenzen, Klassen und Staaten auf Grundlage der freien Vereinbarung, der gegenseitigen Hilfe und des anarchistischen Föderalismus, der durch gebundene Mandate seitens der Basis gekennzeichnet ist. Da wir jede Herrschaft über und Ausbeutung von Menschen ablehnen, setzen wir uns ein für die Abschaffung aller Formen von Herrschaft und Ausbeutung in kultureller, politischer, sexueller, sozialer, wirtschaftlicher oder sonstiger Hinsicht.

2

Das FdA will auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens an die föderalistischen Ideen anknüpfen und sie den Erfordernissen der heutigen Zeit anpassen. Im anarchistischen Föderalismus sehen wir die Grundlage einer wirklichen und dauerhaften Selbstbestimmung, die allein die Gewähr für Freiheit, Gleichheit und Solidarität gibt. Wir streben keine Übernahme, sondern die Abschaffung der politischen Herrschaft an.

3

Erst Gemeinschaften ermöglichen die gegenseitige Hilfe und bilden die Grundlage, auf der eine anarchistische Gesellschaft wachsen kann. Informelle, unverbindliche Zufallsbegegnungen sind für diese Gemeinschaften nicht ausreichend. Deshalb organisieren wir uns, um Solidarität zu leben, Mut zum Handeln zu geben und die Wirksamkeit unseres Handelns zu steigern. Das FdA hat das Ziel, den Aufbau einer deutschsprachigen anarchistischen Föderation voranzutreiben.

Kontakte:

FdA-IFA: *http://www.fda-ifa.org*
IFA: *http://www.i-f-a.org*

Anarchistische Föderation Berlin
Kontakt: *afb@riseup.net*
http://www.afb.blogsport.de

Anarchistische Gruppe Mannheim
Kontakt: *info@anarchie-mannheim.de*
http://www.anarchie-mannheim.de.vu

Antinationale Offensive Saarbrücken
Kontakt: *antinationale@riseup.net*
http://www.antinationale.org

Libertäre Initiative Schleswig-Holstein
Kontakt: sortesindet@marsmail.de

Libertäres Netzwerk Dresden
Kontakt: *linetdd@riseup.net*
http://www.libertaeres-netzwerk.info

Libertäres Bündnis Ludwigsburg
Kontakt: *lb-hoch2@riseup.net*
http://lblb.pytalhost.de

Karakök Autonome Türkei/Schweiz
karakok.wordpress.com/karakok-autonome
Kontakt: l*aydaran@immerda.ch*

Inhalt

3 Zur Revolution in Ägypten
Teil I: Arbeiterkämpfe im Vorfeld der Revolution

8 Warum ich kein Patriot bin

10 Fukushima: Ein Verbrechen von Staat und Kapital

12 Privatisierung ist Diebstahl

14 AK Libertad

15 Einschätzung der diesjährigen Libertären Tage

17 Leserbrief

18 Eine solidarische anachokommunistische
Kritik am Anarchosyndikalismus

21 Was ist Faschismus? #6

29 Termine

31 Wer Wir Sind & Was Wir Wollen